

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Havlikova nám. 32.

Telephone:

Tag:
Nach:

Postk.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einsparungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Kz 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
ganzzährlich 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Donnerstag, 20. November 1924.

Nr. 272.

Wie die tschechischen Arbeiter verhetzt werden.

Der Kampf der deutschen Sozialdemokraten gegen das absolutistische Regierungssystem und gegen die, das Recht, die Freiheit, den Kulturbesitz und sogar die materielle Existenz der deutschen arbeitenden Bevölkerung bedrohende Gewaltpolitik der Machthaber wird fortgesetzt werden und wir werden dabei keinem Versuch unterliegen, diesen im Interesse der deutschen Arbeiterklasse notwendigen Kampf von der Hauptfront abzulenken. Dennoch können zwei Artikel, welche die beiden gestrigen Ausgaben des „Pravo Lidu“ der demonstrativen Absehterung unserer Partei von den Beratungen über den Staatsvoranschlag widmen, nicht ohne Antwort bleiben. Es wird nicht gelingen, — was anscheinend beabsichtigt ist! — unseren Kampf in eine Balgerei mit der tschechischen sozialistischen Arbeiterklasse zu verwandeln, aber die Auslassungen des „Pravo Lidu“, die selbst in der Geschichte des genannten Blattes eine Höhe von nie vorher erreichtem Maße darstellen, müssen eine Abwehr und schärfste Zurückweisung erfahren, denn es hieße die Unwahrheiten, deren sich das „Pravo Lidu“ bedient, funktionieren, wollte man dazu schweigen. Was sich das Blatt leistet, ist ein Appell an den Chauvinismus, ein Appell an die Strafe, die, wie man weiß, gerade in Prag leicht lebendig zu machen ist, wenn man es versteht, die nationalistischen Instinkte nachzurufen.

Wir gestehen, daß wir erwartet haben, der Bloßstellung des tschechoslowakischen Absolutismus durch den von unseren Genossen im Abgeordnetenhaus unternommenen Schritt zu keiner Demaskierung, werde in der tschechischbürgerlichen Presse ein Aufschrei der Wut, der Aufschrei der Entlarvten, folgen. Doch die tschechischbürgerliche Presse benimmt sich verhältnismäßig zivilisiert, sie äußert sich wohl nicht freundlich, aber sie stößt auch keine haßerfüllten Wutschreie aus, was bedauerlicherweise von dem Blatte der tschechischen Sozialdemokraten nicht gesagt werden kann. Es ist nicht das erstmal, daß das „Pravo Lidu“ die Rolle des Sturmhohes der tschechischen Regierungskoalition übernimmt. Als unsere Abgeordneten seinerzeit den Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Vorbereitung des nationalen Ausgleichs stellten, war es gleichfalls das „Pravo Lidu“, welches das Signal zur Hetze gegen den Antrag und gegen unsere Partei gab, das erklärte, dazu sei jetzt keine Zeit, erst müsse die Arbeitslosigkeit und Teuerung bekämpft werden, kurz, der tschechnationalen Presse die Argumente lieferte, deren sie sich auch getreulich bediente, obwohl die Regierungsparteien alle zusammen weder in der Arbeitslosen- noch in der Teuerungfrage einen Finger rührten. Auch diesmal ist das „Pravo Lidu“ der Herold der Koalition, leistet sich eine beispiellose Hetze und bald wird es wohl aus dem ganzen tschechnationalen Plätterwalde herausklingen: Weg mit den Persöhnern der Republik! Nieder mit den Staatsfeinden! Das ist nämlich die Losung, auf die das „Pravo Lidu“ auch jetzt wieder sein Heßlied gestimmt hat! Das ist der Geist, den das Blatt in die tschechische sozialdemokratische Arbeiterklasse zu tragen sich bemüht!

In den Artikeln des „Pravo Lidu“ wird man vergebens auch nur den Hauch eines Verständnisses für den von unserer Partei geführten Kampf suchen. Ihm zufolge ist dieser Kampf gegen Willkürherrschaft, Absolutismus und Unrecht nur von Stänkefern, Nationalisten und Querulanten heraufbeschworen worden. Die soziale und nationale Unterdrückung durch die Gewaltthaber, die Quälerei und die Protzlosmachung deutscher Staatsangestellter und Arbeiter, die Rechtlosmachung des Parlaments, die Mißachtung der Opposition, die Attentate auf die Kultureinrichtungen der nichttschechischen Nationen, die Uebergriffe einer allmächtigen Bürokratie, kurz alles, was in der Anklagerede unserer Partei zusammengefaßt wurde, nur Er-

Eine Erklärung unserer Parlamentarier

Das „Pravo Lidu“ hat in seinem gestrigen Morgen- und Abendblatt geradezu unerhörte Ausfälle gegen unsere Partei und unseren Parteivorstand unternommen. Es hat die von uns im Plenum des Abgeordnetenhauses am 18. November abgegebene Erklärung als „nationalistisch“ und „unsozialistisch“ bezeichnet und dabei versucht, die tschechischen Arbeiter fälschlich dahin zu informieren, daß diese Erklärung unseres Klubs nicht bloß im Namen unserer Partei, sondern auch im Namen der anderen oppositionellen Parteien abgegeben wurde, und daß sie überhaupt nicht dem Willen und den Anschauungen der Gesamtheit der parlamentarischen Fraktion entspricht.

Diesen Behauptungen des „Pravo Lidu“ muß entschiedenst widersprochen und dabei festgestellt werden, daß die von unserem Parteivorstand im Parlament abgegebene Erklärung Wort für Wort in einer gemeinsamen Sitzung des Klubs der Abgeordneten und Senatoren beraten und vollinhaltlich und einstimmig genehmigt wurde, ohne daß gegen sie auch nur der leiseste Widerspruch erhoben oder gegen Tendenz und Inhalt von irgend einer Seite auch nur das leiseste Bedenken geäußert worden wäre. Der gefertigte Klub weist dieses, unter sozialistischen Parteien wohl einzig dastehende Vorgehen des „Pravo Lidu“ mit aller Entschiedenheit zurück und bedauert insbesondere die in diesem Blatte beliebte, gehässige Kampfweise auf das Entschiedenste.

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren.

Kamets Ministerliste fertig.

Die Koalition mit den Großdeutschen erneuert.

Wien, 19. November. (Eigenbericht.) Die Großdeutschen haben nach längeren Verhandlungen mit den Christlichsozialen in einer bis in den Abend hinein dauernden Sitzung beschlossen, in die Regierung Kamet einzutreten, und haben an Stelle des bisherigen Vizkanzlers Frank den Abgeordneten Dr. Waber als Vizkanzler genannt. Der bisherige großdeutsche Handelsminister Schürff soll bleiben.

Die Koalition wurde im wesentlichen auf der bisherigen Grundlage erneuert. Die von Seipel aufgeworfene Frage der konfessionellen Schule wird verlagert; Änderungen dürfen nur im gegenseitigen Einvernehmen vorgenommen werden. Der künftige Außenminister Dr. Mataja hat erklärt, daß er die bisherige Politik

Dr. Grünbergers fortsetzen werde, wobei er allerdings die handels- und wirtschaftspolitischen Interessen Oesterreichs noch stärker als bisher betonen wolle. Die Ministerliste, die Kamet morgen vorlegen wird, setzt sich nunmehr folgendermaßen zusammen:

- Bundeskanzler Dr. Kamet,
- Vizkanzler und Justiz Dr. Waber,
- Außenminister Dr. Mataja,
- Finanzen Dr. Khrez,
- Handel Dr. Schürff,
- Unterricht Dr. Schneider,
- Soziale Verwaltung Dr. Resch,
- Heerwesen Daugoin,
- Landwirtschaft Buchinger.

findung, Einbildung bössartiger Menschen, die den Untergang und die Vernichtung der in allem restlos vollkommenen Republik wollen. Nach dem „Pravo Lidu“ besteht für eine sozialistische Partei keinerlei Grund zur Unzufriedenheit, nach seiner Meinung entferne sich die deutsche Sozialdemokratie um so mehr von der Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der tschechischen Arbeiterklasse, je stärker sie sich gegen das heutige System, gegen die herrschenden Unrechtszustände auflehne. Man kann es kaum fassen, daß das „Pravo Lidu“ dort angelangt ist, wo nicht einmal die Einsichtigeren unter dem tschechischen Bürgertum stehen: bei der grenzenlosen Bewunderung des imperialistischen Gewaltgeistes der herrschenden Klassen, bei der haßerfüllten Intoleranz jeder Kritik an deren Taten! Wir haben eine zu hohe Meinung von der tschechischen sozialistischen Arbeiterklasse, als daß wir glauben, sie teile seine Auffassung über die Zustände im Staate, über des Recht der Kritik und des Kampfes gegen diese Zustände, dagegen sehen wir, daß das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie in helle Empörung gerät, wenn die Kulis, das sind nach seiner Meinung die von diesem Regime Beherrschten, aufschreien oder auch nur etwas nicht in Ordnung zu finden wagen. Das muß sofort als Nationalismus und als Angriff auf die Republik denunziert werden!

Unser „Nationalismus“! Die tschechischen Sozialdemokraten sitzen mit Dr. Kramar, Monsignore Kramel, Strikbrny, Dyl und Marcs in einer Koalition; und noch mehr: in der „Narodni Rada“ ist heute noch der Genosse Anton Ramec Vizpräsident, dem die Genossen Dr. Soukup und Srba zur Seite stehen. Nach dem

Die Politik Seligers und die tschechischen Sozialdemokraten.

Unser Auszug aus dem Parlament stellt die faschistischen Herrschaftsmethoden der Pötte vor aller Welt an den Pranger. Damit fällt ein großes Streiflicht auf die Rolle der tschechischen Sozialdemokraten, die bei der Komödie der Budgetberatung wieder die Handlanger der Reaktion abgeben. Das macht die Redakteure des „Pravo Lidu“ begrifflichweise nervös und statt über ihre schiefe Stellung etwas nachzudenken, schlagen sie mit ihren Siegreifenwiderungen heftig ins Wasser. Sie befechtigen sich dabei eines schon mehr als unanständigen Tones besonders gegen die Person des Genossen Dr. Czech. Einfach lächerlich mütet es an, wenn das „Pravo Lidu“ Seliger als Kronzeugen gegen Dr. Czech angeführt. Man scheint im „Pravo Lidu“ vergessen zu haben, daß wir unter Seligers Führung den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht geführt haben, daß es Seliger war, dem Rasin, der Koalitionsgenosse der tschechischen Sozialdemokraten, das Wort von den Rebellen zuschleuderte, mit denen man nicht verhandelt.

Auf dem Teplitzer Parteitag im Jahre 1919 erklärte Seliger:

Nichtig betrachtet stehen wir heute da, wo die Sozialdemokratie des alten Oesterreich im Jahre 1890 auf ihrem Brünner Parteitag stand. Dort haben wir ein Nationalitätenprogramm beschlossen, um dem Proletariat aller Nationen des alten Staates für den revolutionären Klassenkampf die Hände frei zu machen, den Boden zu reinigen von allem Gestein, das dem Vormarsch der alten österreichischen Internationalen im Wege lag. Zu dieser Notwendigkeit sind wir heute wieder gezwungen. Denn dieser Staat, in den wir gepreßt wurden, ist in seinen Grundlagen, in seinem Wesen ein Staat zum Verwechseln ähnlich dem des alten Oesterreich.

Ueber die Bundesgenossen der tschechischen Sozialdemokraten jagte Genosse Seliger:

Aber wie früher die deutsche Bourgeoisie das Selbstbestimmungsrecht verraten hat, so heute die tschechische. Endlich ist sie zur Herrschaft gekommen und das erste, was sie tut, ist Verrat an ihren alten revolutionären Forderungen. Es ist immer dieselbe Geschichte: Herrschsucht und tiefer Fall, dem auch die tschechische Bourgeoisie nicht entgehen wird, wie ihm nicht entgangen ist die an Macht und Reichtum ganz anders gestellte deutsche Bourgeoisie.

„Pravo Lidu“ ist es kein Nationalismus, wenn die tschechischen Sozialdemokraten der nationalen Unterdrückungspolitik im Parlament und in ihrer Presse die Mauer machen, es ist aber „Nationalismus“, wenn die deutschen Sozialdemokraten dieser Unterdrückung zu wehren suchen, wenn sie gegen die Verwaltung und Sperrung deutscher Schulen durch andere nationale Gewaltthaber protestieren, wenn sie das Recht des deutschen Arbeiterkinds auf Erziehung in seiner Muttersprache, sein Recht auf Schule und Fortkommen fordern, und wenn sie um Gleichberechtigung aller Nationen im Staate kämpfen. Es ist verwerflich, wenn das „Pravo Lidu“, anstatt den Chauvinismus und Gewaltgeist im tschechischen Lager zu bekämpfen, wie es seine sozialistische Pflicht wäre, unseren gerechten, notwendigen, vom Geiste des Sozialismus und der Demokratie getragenen Widerstand gegen das von allen guten Geistern verlassene herrschende Regime und unser Streben nach einem Ausgleich unter den Nationen als Ausfluß nationalistischer Bestimmung verschreit und so an der Festigung eines Systems mithilft, das wahrhaftig weder mit Sozialismus noch mit Demokratie etwas zu tun hat und dessen künstliche Galvanisierung nur die Hindernisse der unerlässlichen Entwicklung zum Ausbau des Staates in demokratischem Sinne bedeutet. Es ist eine nichtwürdige Entstellung, wenn das „Pravo Lidu“ behauptet, wir ständen mit den deutschbürgerlichen Parteien in einer „Einheitsfront“. Wir brauchen uns wahrlich nicht gegen diesen Vorwurf zu verteidigen, denn die gesamte deutsche Arbeiterklasse weiß, daß wir in jedem, leidenschaftlichem Kampfe gegen die Parteien der deutschen Bourgeoisie

stehen und wir wünschten, das „Pravo Lidu“ würde nur annähernd so gegen den Nationalismus der tschechischen Bourgeoisie kämpfen, wie dies unsere Partei gegenüber den deutschbürgerlichen Parteien tut.

Wir wissen, daß das Monopol der Sprache zu den tschechischen Arbeitern zu sprechen, das vom „Pravo Lidu“ dazu mißbraucht wird, die Kluft zwischen dem deutschen und tschechischen Proletariat noch weiter aufzureißen, für uns das Hindernis ist, bei der tschechischen Arbeiterklasse Verständnis für unsere Politik und Taktik zu finden. Daher bleibt vorläufig nichts übrig, als die Entwicklung abzuwarten und uns an die deutsche Arbeiterklasse zu wenden, von der wir wissen, daß sie unser Handeln, unseren schweren Kampf verstehen wird. Es ist ein lächerliches Beginnen, wenn das „Pravo Lidu“ von einem „wachsenden Widerstand“ gegen die Führung unserer Partei faselt, und wenn es die Vertrauensmänner der Partei, welche diese an ihre Spitze gestellt hat, deshalb verunglimpft, weil sie die deutsche Sozialdemokratie nicht auf die Irrwege der tschechischen Sozialdemokraten locken lassen wollen. Wir sollen mit ihnen „zusammenarbeiten“! Diese Zusammenarbeit wäre in dieser Regierung nicht eine solche mit dem tschechischen Proletariat, sondern mit Svesla und Strikbrny! Diese Gemeinschaft würden uns die tschechischen Sozialdemokraten gerne verzeihen, aber wir lehnen sie ab, wie jene mit Bogdan und Jung. Die Versuche, den Glauben der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterklasse an die Nichtigkeit der sozialistischen Erkenntnisse zu erschüttern, denen wir folgen, werden schmachlich mißlingen!

Haben die tschechischen Sozialdemokraten Seligers Wort gegessen:

Das Selbstbestimmungsrecht ist die magna charta aller unterdrückten Völker, gegeben von der sozialistischen Internationale. Mit dem Beschlusse der Berner Konferenz auf unserer Fahne beziehen wir den Boden der Tschechoslowakischen Republik.

So selte Seliger das Wort, was er im alten Oesterreich damals unter Äffizienz der tschechischen Sozialdemokraten begonnen hatte. 1907 hatte er gemeinsam mit Soukup, Dazdny, Vittoni und Witzel die Einsetzung eines Ausschusses zur Vorbereitung des nationalen Ausgleichs beantragt. Am 20. März 1912 hatte Seliger im Wiener Parlament in einer großen Rede für die nationale Autonomie der Gerichte gesprochen. Und wenn die tschechischen Sozialdemokraten nicht soweit zurückwärtigen, wissen sie nicht was Seliger in seiner ersten großen Rede bei der Eröffnung des Prager Parlamentes sagte? Er verkündete damals:

In der Stunde, da wir das Parlament der Tschechoslowakischen Republik betreten, um auch auf diesem Boden unseren Kampf für das Proletariat, für die soziale Demokratie und für den Sozialismus zu führen, erklären wir deutschen Sozialdemokraten feierlich, daß wir an dem Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes unerschütterlich und unüberwindlich festhalten und daß wir entschlossen sind, auch auf dem Boden dieses neuen Nationalitätenstaates unseren großen geschichtlichen Kampf aufzunehmen. Aufhebung aller nationalen Herrschaftsverhältnisse und Beseitigung des bürokratischen Verwaltungsapparates, also Konstituierung der Nationen als Selbstverwaltungskörperschaften mit dem Rechte der Selbstverwaltung ihrer nationalen Angelegenheiten, national abgegrenzte demokratische Verwaltungsorganisationen zum Zwecke der lokalen Verwaltung des Schulwesens, der Bildung, Erziehungs- und Kulturanstalten sowie aller Wohlfahrtsanstalten jeder Nation, das ist das unmittelbare Ziel unseres Kampfes.

Wie wir noch heute, so forderte damals Seliger die Beseitigung des Militarismus, er wandte sich gegen die imperialistische Außenpolitik und gegen den Scheinsozialismus, der nur der Tschechisierung dient. Haben wir je mehr behauptet, als Seliger, der im Namen der Partei damals erklärte:

„Sie haben uns den Strid um den Hals gelegt und einen Inquisitionsausschuß aufgerichtet, der jeden Antrag, der etwa Ihrem System der Aufrechterhaltung der nationalen Herrschaft entgegensteht, einfach erwürgt. Wissen Sie, was Sie mit dieser Geschäftsordnung ausprechen? Sie sprechen damit aus, daß Sie ein für allemal, für immerwährende Zeiten es ablehnen, mit den anderen Völkern dieses Staates auch nur darüber zu reden, wie man diesen Staat aufbauen soll, damit sich in diesem Staate alle Völker wohl fühlen.“

„Meine Herren, Sie haben ein Sprachengesetz beschlossen. Wir sind sehr dafür, daß Regeln festgesetzt werden, die im Amtverkehr, die bei Gericht usw. die Anwendung der Sprache bestimmen. Aber das Sprachengesetz ist keine Regelung, sondern das ist ein Diktat. Und dann haben Sie dieses Gesetz so geschaffen, daß es zu einer Gefährdung, zu einer Schmälerung nicht nur des sprachlichen, sondern auch des materiellen Rechtes der deutschen Bürger dieses Staates wird. Es wird noch darüber bei anderen Gelegenheiten zu reden sein, wie Sie deutsche Arbeiter, deutsche Angestellte, deutsche Beamte behandelt haben, wie Sie sie geregelt, von ihren Arbeitsplätzen weg gejagt und von ihren Posten vertrieben haben, nur aus dem Grund weil sie, und noch dazu in einer Zeit, wo rechtlich Ihnen die Macht über das Gebiet, wo wir siedeln, noch nicht zugesprochen war, weil sie zu dieser Zeit sich für das Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes eingesetzt haben.“

„Meine Herren, Ich erinnere mich an ein Wort in Höfens Romaneshofen. Da ist zwischen zwei Leuten ein Disput: Der eine sagt: Hier hängt man in diesem Hause an den Toten. Der andere antwortet der andere, es ist umgekehrt: Hier hängen sich die Toten an das Haus. Und in diesem

Hause, an diesem Hause, das Sie sich geschaffen, hängt sich das alte Oesterreich, das alte Oesterreich mit all seinen Schlichkeiten, mit allen seinen Verfolgungen, mit allen seinen unnatürlichen Trieben, die Sie selber damals so heftig bekämpft haben.“

Damals haben die tschechischen Sozialdemokraten auch nie behauptet, daß sie mit Seligers Politik übereinstimmen. Er war ein bitterer Feind ihrer Koalition mit dem reaktionären Bürgertum. Am 2. Jänner 1920 erklärte Beschynö in einer Versammlung in Olmütz, daß

Die Koalition unter sich. Budgetberatung bei Abwesenheit der Opposition.

Prag, 19. November. Das Abgeordnetenhaus ist durch die Abwesenheit fast aller Oppositionsparteien — die Kommunisten haben ursprünglich beschloffen, an der Spitzdebatte teilzunehmen, es ist aber fraglich, ob sie bei diesem Beschlusse verharren und ob sie sich nicht in letzter Stunde entschließen werden, die Rolle der lokalen Opposition aufzugeben — zu einem Sprechsaal der Petta-M Marionetten herabgesunken. Das Haus macht einen trostlosen Eindruck, der Saal gähnt geraden vor Leere.

Wachte der gestrige Tag die Abwesenklärungen der deutschen Parteien, so konnte heute die Koalition die Abgabe der Slowaken, Magyaren und Karpathorussen hören. Die nationalen Minderheiten des Staates erwarten von diesem Koalitionssystem nichts mehr, das hat der gestrige und heutige Tag in aller Deutlichkeit und Schärfe gezeigt.

Die Slowaken, Ungarn und Karpathorussen verlassen den Saal.

In der heutigen Sitzung gab es noch oppositionelle Erklärungen.

Der slowakische Volksparteiler Dr. Buday wies darauf hin, daß sich die Klust zwischen dem tschechischen und slowakischen Volk immer mehr vertiefe. Die Einheit der slowakischen Nation wird nicht anerkannt, die slowakische Sprache verdrängt und eine

falsche Fiktion des Tschechoslowalentums

gebildet. Die slowakische Volkspartei beteiligt sich daher an den Beratungen des Staatsvoranschlags nicht. Dieser Schritt möchte den vereinten Faktionen zur Warnung dienen.

Der ungarische Christlichsoziale Körmenhlyes erklärte, daß die Regierung auf das lokale Verhalten der ungarischen Minderheiten mit Illegalität antwortet.

Tausende ungarische Bürger verlieren durch Aberkennung des Staatsbürgerrechtes ihre Heimat.

Die ungarischen Interpellationen werden nicht erledigt, die ungarischen Anträge in den Papierkorb geworfen. Unter diesen Umständen hat die Teilnahme an der Budgetberatung keinen Zweck.

Der Karpathorusse Kurthol erklärte, daß die Regierung

Karpathoruhland als Kolonie

ansieht. Obwohl die Karpathorussische Nation freiwillig ihren Anschluß an die Tschechoslowakei vollzogen hat, diese die Autonomie Karpathoruhlands nicht durchgeföhrt. Die Karpathorussen erwarten von dieser Regierung nicht mehr die Erfüllung ihrer Autonomieforderungen und beteiligen sich als Protest gegen ihre Unterdrückung nicht an den weiteren Verhandlungen.

Die tschechischen Redner.

Das alte Lied der Nationaldemokraten.

Der erste Koalitionredner war der Nationaldemokrat Matoušek, der das bekannte Lied seiner

„Die Deutschen unter Führung Seligers und Bogmans keine gute Politik machen und das sie beide sich bemühen, sich gegenseitig zu übertrumpfen.“

Schon damals warf man uns und Seliger vor, wir gingen nicht rechts, weil wir tatsächlich nicht nach rechts gingen dorthin, wo die tschechischen Sozialdemokraten seit 1918 stehen. Wenn das „Pravo Lidu“ sich jetzt auf Seliger beruft, so weiß es wohl selbst, daß es damit eine eines proletarischen Blattes und eine große Demagogie begeht!

Partei sang, die Deutschen seien nicht gegen die Koalition, sondern bekämpfen den Staat. Aus dieser Opposition könne zufolge ihres Programms keine neue Regierungskolition erwachsen. Die Opposition, welche die Verantwortung in der Regierung übernehmen wolle, müßte zu Regierung und Staat ein positives Programm haben. Seine Partei wolle nachweisen, daß der Staat eine reale Basis habe. Von dieser Basis lasse sie sich auch nicht durch die positive Resistenz der Deutschen ablenken, die gegen den Staat sind und dabei Klage führen, daß sie von seiner Leitung ausgeschlossen sind.

Die unzufriedenen Karpathorussen.

Der russisch-tschechische Nationalsozialist Dr. Gagallo aus Karpathoruhland hielt eigentlich eine Oppositionsrede. Er sagte, daß die Abgeordneten aus Karpathoruhland in diesem Abgeordnetenhaus über Fragen abstimmen, über die sie nach dem Friedensvertrag hier abstimmen kein Recht haben. Die Regierung habe bisher keine Erfolge in Karpathoruhland geholt, sie habe nicht nur nicht neue Erfolge erzielt, sondern sie habe auch die Stimmung, die vor sechs Jahren im Lande geherrscht hat, gründlich verpaidt.

Die Gewerkepartei gegen das Budget.

Der Gewerkeparteieler Andel hält die Form der Budgetverhandlung für unwürdig. Seine Partei wird gegen das Budget stimmen, weil es von einer Koalition vorgelegt wird, mit deren Praxis die überwiegende Mehrheit des Volkes nicht einverstanden ist.

Dubicky kennt sich nicht aus.

Der tschechische Agrarier Dubicky hielt die deutschen Klagen für einen bloßen Vorwand. In der deutschen Tat! könne sich niemand aus. Der tatsächliche Grund für die deutsche Abfertigung sei die Tatsache, daß unsere Republik überhaupt existiert.

Hudec weiß nichts Neues.

Der tschechische Nationaldemokrat Hudec trug eine, um Stille seiner bekannten Leitartikel der „Narodni Listy“ gehaltene Rede gegen die Kommunisten, deren energische Bekämpfung er von der Regierung forderte, vor.

Dr. Derer ist überrascht.

Der tschechische Sozialdemokrat Dr. Derer kam auch auf die Taktik der deutschen Parteien und insbesondere der deutschen Sozialdemokraten zu sprechen. Er habe von dieser Partei eine andere Politik erwartet und könne nicht die Ueberzeugung verschweigen, daß dieser Schritt nicht von schließlichen Motiven geleitet war, sondern mit Rücksicht auf die Wahlen erfolgt sei. Nach der Meinung Derers sollte die deutsche sozialdemokratische Partei die Kraft zum Bekenntnis der positiven Politik finden.

Nachdem noch der tschechische Agrarier Nach gesprochen hatte, wurde die Sitzung geschlossen.

Inland.

Der Kampf gegen den Regierungsabsolutismus.

Tschechische Verfassungen.

Zum Auszug der Opposition aus dem Parlament und zu den im Abgeordnetenhaus abgegebenen Erklärungen der deutschen Parteien äußern sich alle tschechischen Blätter.

Die Kerikalen „Lidove Listy“ stauten in ihrer abgrundtiefen Klugheit darüber, daß der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses sich gegen den Staatsvoranschlag wenden kann. Welche Ironie! Der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses bekämpft als Führer der Opposition den Staatsvoranschlag! Nach Ansicht dieses Blattes darf also Vizepräsident einer Körperschaft nur derjenige sein, der zu allen Entscheidungen der Petta Ja und Amen sagt.

Von den beiden nationaldemokratischen Blättern sabelt die „Narodni Politika“ davon, daß den Erklärungen der deutschen Parteien lange Beratungen vorausgingen, ob man „durch Lören die Verhandlungen führen und schließlich ein effektvolles bengalisches Feuer des Hinauswurfs aus dem Parlamentsaal“ hervorbringen soll, oder ob „dem Ruf des Abwehredod durch bloßen Abgang“ besser gedient sei.

Die „Narodni Listy“ glauben ihren Lesern halbverweilt weismachen zu können, daß die deutschen Parteien zu ihrem Vorgehen keinen Grund haben. „Vergeblich würde man suchen, was den deutschen Klubs zu der verkindeten Passivität Grund oder wenigstens Vorwand gegeben hat. Im Ausbruch wurden sie nicht majorisiert, niemand beschritt ihnen dort die Freiheit des Wortes.“

Schöft dunkel äußert sich über die parlamentarische Lage das Organ des Ministerpräsidenten, der „Benko“. „Man kann zugeben, daß die Vereinfachung der deutschen Opposition nicht nur für die deutschen Parteien, sondern auch für Staat und Koalitionsparteien und den Parlamentarismus sowohl nach der sachlichen als auch formalen Seite hin vorteilhaft wäre. Und es ist nur zu bedauern, daß es zur Vereinfachung wenigstens der deutschen Opposition nicht kam.“ Der „Benko“ scheint also der deutschen Opposition Motive zu unterstellen, die er klar auszusprechen sich noch nicht getraut.

Am dümmsten benimmt sich natürlich die amtliche Regierungspreffe. Die „Ceskoslovenska Republika“ konstatiert, die Oppositionsparteien haben sich der ihnen durch die Verfassung gewährtesten Rechte begeben.“ Das ist alles. Und das tschechischschriebene Drecksblatt der Regierung, die „Prager Presse“, stellt den Kopf in den Sand und schreibt — gar nicht. Sie will eben dem Ausland, was vorgeht, einfach unterzählen. Auf diesen Rohkäufcherriff des feinen Blattes wird aber das Ausland nicht hereinfallen.

Das nationalsozialistische „Cesta Slovo“ weiß auch nicht recht, was es zum Vorgehen der deutschen Parteien zu sagen hat, nennt den Abgang der Opposition „unrühmlich“ und spricht von „deutschem Querulamentum“.

Das Regionalorgan „Narodni Osobogeni“, das früher auch einmal bessere Tage gesehen hat, nennt die Ausführungen des Genossen Dr. Czech „deutschnational“ und glaubt so damit abgetan zu haben.

Mit den Ausführungen des Zentralorgans der tschechischen Sozialdemokratie, dem „Pravo Lidu“, das der Rede des Genossen Dr. Czech den Leitartikel widmet, besaßen wir uns an anderer Stelle.

Das Blatt der tschechischen Kommunisten „Rude Pravo“, das alle Ursache hätte, anlässlich der Budgetberatungen gegen die Diktatur der Regierungsparteien aufzutreten, gefällt sich darin, die Opposition anzufallen. Es nennt das Vorgehen der deutschen Parteien eine „oppositionelle Komödie“, verzicht aber in seiner Kurzsichtigkeit, daß die Kommunisten diese „Komödie“ im Budgetum, als mitemacht haben. Der wahre Hintergrund des Auftretens der oppositionellen Parteien, ist nichts anderes, als ein sehr durchschätziges parlamentarisches Manöver, welches in direkter Abhängigkeit von den bekannten Kombinationen wegen Erweiterung der

Die Militärbestien von Biribi.

Zu Albert Londres' Buch: „Dante hat nichts gesehen“.

1

Von H. B. Vortemer.

Ein furchtbares Buch. Ein Buch, von dem man glaubt, daß es im Fieber, im Delirium, von einem Todten geschrieben wurde. Ein Buch, von dem man möchte, daß es nur ein Roman, nur eine einer grauenhaftesten Phantasie entsprungene Dichtung wäre. Ein Buch, das aber, allem Wunsch zum Trotz, schredliche, erschütternde Wahrheit ist und bleibt.

Ein Anklagegescheit in diesen in hastigem Reporterstil hingeworfenen Bildern, wie selten einer erscholl: ein Wehruf aus der Unterwelt der zu uns dringt, die wir uns betäubt fragen, ob denn irgendwo, dicht neben uns, der Zeitpöbel vor Jahrhunderten stehen blieb, um mit entschlossenem Anachronismus uns zu narren, die wir so stolz sind auf unsere Kultur! Fragen uns, was sie den eigentlich an sich hat diese große Kleinheit, diese glänzende Zivilisation des Zwanzigsten, von der wir in gehobenen Worten oft sprechen, was Menschlicheres wir uns eigentlich seit den Jahrtausenden errangen, da der Weg aus dem Instinkt heraus zum Intellekt führte?

„Dante n'avaia rien vu.“ Dante hat nichts gesehen, gab Albert Londres seinem neuesten Buch zum Titel. Dieser plötzlichen übergrößen Scheinwerferbeleuchtung einer Welt, die bisher

in tiefstem Dunkel neben uns lebte, jammerte, litt und starb, von der wir ein Ahnen hatten, n'e aber ihre furchtbaren Geheimnisse konnten. Und er hat recht, wenn er des großen florentiners Höllengeschichte als ein Nichts hinstellt demgegenüber, was in Biribi sich seinen Augen bot. Der Sänger der Divina Comed'a scheint wirklich ein Stümper gewesen zu sein, als er Stufe für Stufe seine gewaltige Phantasie ins Inferno schickte, um das mächtige Leid der Höllenqualen zu singen. Wer in der Erfindung aller ewigen Sündenstrafen phantastischer was das griechische Mythos mit seinen Tartaros, die Juden mit ihrem Scheol, die Christen mit ihrer so unerschütterlichen Seele, erfindungsarm der Höllenphantasie dieser Sergerats und Adjutants von Dar Bel-Hamrit, Sibi-Mous-sah, El Fordi gegenüber, die, wenn man dieses Buch zu Ende gelesen, wenn man genügend Verdienkraft aufbringt, es zu Ende zu lesen, nur noch eine Gestalt haben: die Teufel von Biribi.

Biribi? Biribi ist das Cavenne des Militärs die Jles-du-Salut des französischen Soldaten. Biribi nennt das Argot des französischen Soldaten die militärischen Strafanstalten in Marokko und Algerien, nach denen die militärischen „Verbrecher“ geschickt werden, aus den Bataillons d'Afri-

que, die Biribi den meisten Nachwuchs sichern, den Truppenkörpern in Frankreich, der Rhein- und Ostarmee, der Armee in Syrien und dem Regiment in China.

Verbrecher! Betäubend, wie ein Hammer-schlag auf den Kopf, wirkte, was Albert Londres in seinem Buch „Au Vagne“ über das unmenschliche Martyrium der Deportierten schrieb, die auf der Ile Royale und Ile Saint-Joseph, im Camp des Mangaches, Camp Godebert und den Camps des Jncos, bei den Ausföhren auf Saint-Louis und bei denen, die auf Saint-Laurent die letzte Hoffnung zu Grabe getragen, zu Tode gequält werden. Alles Entsetzen, alle Auslieferung gegen eine derartige verurteilte Behandlung von Menschen, wurde um nichts verringert durch das Wissen, daß es sich hier um Menschen handelt, die die Gesellschaft zwangen, Selbstschutzmahnahmen zu ergreifen: um Diebe, Räuber, Blutsänder, Mörder. Um wieviel größer muß da die innere Auslieferung sein, gegen die jeder Beschreibung spottende Bekandlung, die in den Militärstrafanstalten von Marokko und Algerien Menschen erleiden, deren ganzes Verbrechen oft nur in einem unbesonnenen Wort, einer Gehorsamsverweigerung, Vorgefichtensbeleidigung, deren Verbrechen in manchen Fällen nur darin besteht, ... daß sie erkrankten und es wagten, sich krank zu melden!

Verbrecher! Ginge es nach dem Maß, das von diesen Militärbestien Biribi empfangt wird, wären wir allekmu Verbrecher, dann wäre die Welt ein einzig großes Zuchthaus!

Von diesen „Verbrechern“ und ihrer Behandlung hat unser Albert Londres in seinem neuen Buch erschütternde Kunde gegeben. Er hat einen Blick in das Grauen der Militärstrafanstalten geworfen, in denen viele tüchtige junge Leute — auf der tausend- bis hundertfönfzigjährigen im Augenblick die Zahl dieser Elenden und Unglücklichen — mit Gewalt zu notorischen Verbrechern erzogen, in die Verbrecherlaufbahn gedrängt werden, zur Selbstverstümmelung und in den Tod gehet werden, oft einer einzigen, unbesonnenen Jugendtat wegen! Was Londres mit seinem Boame erreichte, daß eine Untersuchungskommission eingesetzt wird, wird hoffentlich heute, unter der Regierung der Sinken, schneller und durchgreifender erfolgen, als dies in der Bloc-National-Mena geschah. Wir möchten, daß jeder dieses Buch lesen würde und könnte, daß es jedem Entsetzen mitteilt gegen diese Ungeheuerlichkeiten, und Absetzen und Auslieferung gegen das einflöht, dessen letzter Ausbruch es ist: gegen den Militarismus überhaupt!

Da es uns unmöglich ist, unsern Lesern das Buch in der Uebersetzung vorzusetzen, wollen wir einer Serie von Artikeln, den Kern des Buches herauszuschälen, um jedem ein Bild des Grauens zu geben, das das Wort Biribi in sich birgt: den einen zur Lehre, andern zur Warnung, allen aber zum nimmer schweigenden Protest!

(Fortsetzung folgt.)

Koalitionregierung ist. Gegen eine so dumme Auffassung der Motive der oppositionellen Parteien würden selbst Götter vergebens ankämpfen.

Das einzige tschechische Blatt, welche einen klaren Versuch macht, den Standpunkt der Opposition zu verstehen, ist die „Tribuna“. Sie erklärt, daß das Auftreten der Opposition doch „zum ausserordentlichen Beobachten der weiteren Entwicklung dieses unvollständigen Zusammenschlusses der oppositionellen Parteien“ verpflichtet.

Die Gehaltskürzung der Staatsangestellten. Wie die „Lidova Roviny“ berichten, ist in der Koalition bereits eine Einigung betreffend die Gehaltsregelung der Staatsangestellten erzielt worden. Zweifellos steht eine Erhöhung der Bezüge der Altpensionisten fest. Ebenso ist eine Zugabe für die Hochschulabsolventen gesichert, die in zwei Raten zur Auszahlung gelangen wird. Die eine Hälfte im November, die andere vor Weihnachten. Außerdem sollen alle übrigen Angestellten eine Ausbesserung bekommen. Der Aufwand für die Erhöhung der Bezüge der Pensionisten wird etwa 150 Millionen, der für die Hochschulausgabe 60 Millionen, der für die anderen Kategorien 90 Millionen betragen. — Außerdem sollen durch eine Regierungsvorlage in der Herbstsession mit Rückwirkung von Neujahr 1924 neue Orts- (früher Aktivitäts-) Zulagen beschlossen werden, welche

um 20 Prozent höher sind als bisher. Der Aufwand hierfür wird auf 140 Millionen geschätzt.

Forderungen der Polen in der Tschechoslowakei. In Mährisch-Ostrow fand am 16. November eine Massenversammlung statt, welche die Forderungen der Polen in der Tschechoslowakei formuliert. Vor allem fordert die polnische Bevölkerung die Vereinfachung der sonst nationalen Rechte, also die Durchführung der Wahlen im tschechischen Gebiet, weiters die Regelung der Staatsbürgerschaftsfrage, die Beseitigung von Ungerechtigkeiten, die gegen polnische Arbeiter bei Arbeiterentlassungen begangen werden. Im Bereiche des Schulwesens wird verlangt: Überall wo vierzig polnische Kinder sind, hat eine polnische Volksschule errichtet zu werden. Die Kinder von polnisch sprechenden Staatsbürgern sollen nicht zum Besuch anderssprachiger Schulen gezwungen werden. Die Selbstverwaltung der Polen auf dem Gebiete des Schulwesens muß hergestellt werden. Es muß erlaubt werden polnische Schulbücher herauszugeben. Die polnischen Privatlehrer sind zu subventionieren. Was die Sprachfrage anbelangt, wird gefordert, daß in den Gerichtsbereichen Mährisch, Teschen, Kattowitz und Oberberg polnisch amtlich wird. Eine zweite Resolution wendet sich gegen die hohe Gebühr für Pässe und Visa die auf dem polnischen Konsulat in Mährisch-Ostrow eingehoben werden.

Ausland.

Probewahlen in Deutschland.

Die Landtags- und Gemeindevahlen, die in einzelnen deutschen Gegenden in den letzten Wochen stattgefunden haben, können als Probewahlen für den 7. Dezember gewertet werden. Schon die Wahlen in Hamburg und Anhalt hatten gezeigt, wie ungefähr die Reichstagswahlen ausfallen können. Am letzten Sonntag fanden Stadtverordnetenwahlen in Schwerin statt. Die Sozialdemokratie gewann gegenüber dem Ergebnis vom 4. Mai beträchtlich, ihre Stimmzahl stieg von 5352 auf 6028 und auch die Demokraten brachten es von 1687 auf 2698 Stimmen. Obwohl Mecklenburg ein stark agrarisches Land und die Hochburg der Junker ist, gingen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Volkspartei, die eine gemeinsame Liste aufgestellt hatten, von 11.547 auf 9739 zurück. Katastrophal ist aber der Abstieg der Völkischen, die von 4313 Stimmen am 4. Mai noch 1398 retteten. Auch die Kommunisten gingen von 1230 auf 689 Stimmen zurück. Sie verlieren daher fünfzig Prozent, die Völkischen sogar 75 Prozent ihrer Stimmen.

In Anhalt, das vor kurzem den Landtag gewählt hat, fanden Sonntag Stadtverordneten- und Kreisverordnetenwahlen statt. Die Wahlbeteiligung war im Durchschnitt um fünf Prozent geringer als am Sonntag vorher bei den Landtagswahlen. Die Sozialdemokraten haben aber von allen Parteien am besten abgeschlossen. In Dessau erhielten sie 16 Mandate und bilden mit den vier Demokraten eine Mehrheit gegen den Bürgerblock, der fünfzehn (früher sechzehn) Sitze und die Kommunisten, die ein Mandat erhielten. Die Völkischen verloren ihr einziges Mandat. Auch bei den Wahlen in Bismarckdegen zeigte sich starke Verluste der Rechten und der Kommunisten. Die Sozialdemokratie kann mit den besten Hoffnungen in die Wahlen gehen, die kurze Herrschaft der Reaktion dürfte am 7. Dezember ein jähes Ende finden.

ihres Betriebes wieder aufzunehmen. Es ist jedoch fraglich, ob der volle Betrieb morgen schon wieder aufgenommen werden wird.

Der Genfer Pakt in Gefahr.

Revisionsabsichten Baldwin's.

London, 19. November. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Nunmehr steht die Absicht der konservativen Regierung fest, die Genfer Beschlüsse zu revidieren. Der Generalsekretär beim Völkerbunde, der heute nach Genf abreist, hat den Auftrag erhalten, diesen Beschluß zu motivieren. Somit wird der wichtigste Punkt des Programmes der Völkerbundratifizierung in Rom die Revision des Statutes durch Juristen sein. Es ist auch schwer zu sagen, wie das Genfer Protokoll geändert werden könnte. Man wird wahrscheinlich wieder zum Originalstatut zurückkehren müssen und möglicherweise Änderungen in der Arbitragefrage und auch in der Sicherheitsfrage vornehmen. England muß in dieser Frage eine vollkommene Zusammenarbeit seiner Staatsmänner mit denen der Dominionen herbeiführen. Eine solche Revision kann möglicherweise Wochen und Monate in Anspruch nehmen.

Tages-Neuigkeiten.

Weiberregime.

Aus der Olmücker deutschbürgerlichen Häuslichkeit.

Bei den letzten Gemeindevahlen in Olmütz fanden sich alle deutschbürgerlichen Parteien in einer „Deutschen Wahlgemeinschaft“. Auf der gemeinsamen Liste gabs Juden neben Hainkreuzlern, Deutschnationalen neben Agrariern und Christlichsozialen. Der Rassenhaß sowohl als auch die „Los von Rom“-Bewegung wurden für Wochen als unnötiger Ballast in den Schrank gestellt, galt es doch in gemeinsamen Rassen möglichst viel Mandate zu ergattern.

Der große Fang gelang, die Wähler gingen den „geeinigten Deutschen“ auf den Leim, die sich zu den lautesten Anwälten der deutschen Minderheit aufstellten.

Nach der Wahlschlacht allerdings ging die so vielgepriesene Einheit bald zum Teufel. Als es sich darum handelte, aus der „Wahlgemeinschaft“ den zweiten Bürgermeisterstellvertreter zu bestimmen, gerieten sich die Brüder in die Haare. Der ausführendste Anwärter auf diesen Posten war der christlichsoziale Professor Laus. Als es dann jedoch zur Wahl kam, wurde der deutschnationalen OÖR. Mauritius Fritscher gewählt. Professor Laus war also im letzten Momente noch ausgeschifft worden.

Das ließ seine Frau, die im politischen Leben des Olmücker deutschen Bürgertums angeblich das größte Wort führt, nicht ruhen. Sie inszenierte ein wahres Kesseltreiben gegen den „gottlosen“ Deutschnationalen, den sie noch kurz vorher als echten, treuen Volksgenossen verherrlicht hatte.

Am 7. November v. J. erhielt OÖR. Fritscher einen Brief, wozin er aufgefordert wurde, binnen sieben Tagen seine Stelle als zweiter Bürgermeisterstellvertreter niederzulegen, da sonst eine Abschrift der, von Frau Laus an ihn gerichteten Korrespondenz beleidigenden Inhalts an die deutschnationalen Partei und das Kreisgerichtspräsidium überhandt würde. Diefem Briefe folgten noch mehrere Schreiben, deren letztes ihn am 3. Juli l. J. erreichte. In diesem wurde Frau Laus besonders ausfällig, zieh den Oberlandesgerichtsrat eines unsittlichen Familienlebens und warf ihm vor, daß er die Interessen seiner Mitgenossen lau vertrete und die deutsche Sache verraten habe. Nun war OÖR. Fritscher verwirrt, die Klage wegen Erpressung gegen Frau Laus einzubringen. Im Laufe der Voruntersuchung wiederholte die Beschuldigte ihre Äußerungen, die sie überdies schriftlich niederlegte und als Ergänzung ihrer mündlichen Aussage dem Untersuchungsrichter übergab. Die Klage wird vor dem Strafsenate des Brüner Landesgerichtes ausgetragen, welches als Gericht bestimmt wurde, weil der Kläger, OÖR. Fritscher, als Richter beim Olmücker Kreisgerichte tätig ist.

In den letzten Tagen ist die Verhandlung in diesem charakteristischen Prozesse auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Es gehen in Olmütz Gerüchte um, die davon wissen wollen, daß die Verhandlung überhaupt nie stattfinden wird.

Frau Laus, die sich heute schon als Siegerin fühlt, genießt in Olmütz in den Kreisen des Olmücker Bürgertums weiterhin die größte Hochachtung. Man sagt ihr nach, daß sie über das Innenleben der meisten deutschen bürgerlichen Parteien in Olmütz besser informiert sei als diesen lieb ist. Da muß man sich also mit ihr gut verhalten.

Und so stehen die Deutschbürgerlichen im Olmücker Rathaus derzeit unter der Fuchtel einer Frau, die zu allem fähig ist. Handelt es sich doch für sie darum, ihrem Manne den Platz an der Futterkrippe zu verschaffen.

Die deutschen Wähler von Olmütz sehen nun, welche schönen Zeiten sie die „Deutsche Wahlgemeinschaft“ entgegenführt. Öffentlich können ihnen diese Erkenntnis zur eindringlichsten Warnung für die Zukunft.

Für nationales Recht - gegen Nationalismus!

Den tschechischen Sozialdemokraten zur Kenntnis.

Die tschechischen Sozialdemokraten leiten, wie das gefristige „Bravo Lidu“ wieder allzu deutlich bewies, aus ihrer innigen Verquicktheit mit der allnationalen Koalition die traurige Pflicht für sich ab, unseren Protest gegen das in diesem Staate herrschende System der sozialen und nationalen Unterdrückung vor den tschechischen Arbeitern, die von unseren Worten leider so schwer erreicht werden, als den Ausfluß unserer nationalitätlichen Gesinnung hinzustellen, in der wir mit dem deutschen Bürgertum eins seien. Wären es nicht ausgerechnet die tschechischen Sozialdemokraten, die uns Belehrungen über das Kapitel der nationalen Frage zu erteilen wagen, fähig wir uns vielleicht bemüht, uns damit ein wenig theoretisch auseinanderzusetzen. In diesem Falle aber genügt wohl eine kleine, aber kräftige Aufklärung der Erinnerung dessen, was die tschechischen Sozialdemokraten selber seit der Zeit des alten Oesterreich über die Bedeutung der nationalen Rechte insbesondere für das internationale sozialistische Proletariat gesagt und geschrieben haben.

Zunächst sei den tschechischen Sozialdemokraten, die uns heute wegen unseres Kampfes für die Erhaltung der deutschen Schulen und für das Recht des deutschen Arbeiters auf seine Muttersprache der „Einheitsfront“ mit dem Bürgertum gehen, ins Gedächtnis zurückgerufen, was ihr Genosse Dr. Soutup als Vertreter der tschechoslowakischen Sozialdemokraten auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Jena im September 1911 erklärte. Dr. Soutup sagte dort unter anderem:

„Wir fordern, daß überall in Oesterreich, wo das Bedürfnis besteht, das Kind in der Schule die Muttersprache spricht, die es versteht und in der es sich am leichtesten die Elementarkenntnisse aneignen kann, um für das Leben gut gewappnet zu sein. Das ist nicht nur ein Gebot der modernen Pädagogik, sondern ein rein proletarisches Interesse. Wir wünschen auch, daß im Verkehrsleben ein Arbeiter überall, wo seine Sprache landesüblich ist, sich auch in dieser Sprache überall orientieren kann. Auch das ist ein rein proletarisches Interesse. Wenn wir wünschen, daß das Recht dem Proletariat in seiner Sprache gesprochen werde, so ist das nicht nur die höchste Maxime der modernen Straf- und Zivilprozessordnung, die Maxime der Unmittelbarkeit und Mündlichkeit, daß der Mensch, der gerichtet werden soll, seinen Richter versteht, es ist ein rein proletarisches Interesse, daß der Mensch da, wo über seine materiellen und kulturellen Güter verhandelt wird, sich auch vollständig verteidigen kann. Das ist unser Nationalismus.“

Genosse Dr. Soutup, das ist auch unser Nationalismus! Und so wie Sie identifizieren auch wir uns mit August Bebel, der als Voraussetzung der Internationale die nationale Gleichstellung und Gleichberechtigung erklärte. Und wir identifizieren uns weiter mit dem Memorandum, das die tschechischen Sozialdemokraten auf dem internationalen Sozialistenkongress in Stockholm während des Krieges über die Rechte der Nationen eingebracht haben. Es heißt dort:

„... daß jede Nation das Recht haben muß, sich als Ganzes einzig und autonom zu konstituieren mit allen Attributen vollständiger staatlicher Selbstständigkeit. Im Falle dieses friedlichen Ziel im gegenwärtigen Augenblick nicht erreicht werden kann und — aus politischen oder ökonomischen Motiven oder aus Gründen unvollständiger historischer Entwicklung — die Schaf-

fung von Staaten, die aus verschiedenen Nationen zusammengesetzt sind, wirklich notwendig ist, muß das Prinzip der Freiheit auf jede Nation im Rahmen dieser Staaten und in liberalster Weise angewendet werden... Deshalb müssen die Staaten, welche aus mehreren Nationen zusammengesetzt sind, derart organisiert werden, daß jede Nation das Recht auf einen gleichen Anteil an dieser Macht hat, die sich gerecht in den Funktionen des Staates ausdrückt...“

Das Mindeste, ein bescheidener Teil von dem, was in diesem Memorandum die tschechischen Sozialdemokraten forderten, verlangen wir „im gegenwärtigen Augenblick“ vom tschechischen Staate — und deswegen verdrängt uns diesen tschechischen Sozialdemokraten des Nationalismus und des Zusammengehens mit dem Bürgertum!

Erinnern sich weiter die tschechischen Sozialdemokraten, die uns heute wegen unseres Eintretens für die breitenden Interessen der nationalen Minderheiten mit Beschimpfungen überhäufen, nicht an den Wortlaut des Schreibens, mit dem Präsident Masaryk den ersten sozialdemokratischen Ministerpräsidenten der Tschechoslowakei ernannte? In diesem Ernennungsschreiben an Tusar findet sich unter anderem folgende strikte Aufforderung:

„In allen Ländern muß das Problem der nationalen Minoritäten sobald als möglich, und zwar aus der programmatischen Initiative selbst gelöst werden.“

Was tun die tschechischen Sozialdemokraten zur Lösung dieses Problems? Nichts! Uns aber, die wir bemüht sind, den Weg der Lösung zu finden, uns nennen die tschechischen Sozialdemokraten, die Hüter und Beschützer mehr als der Interessen der eigenen Nation, Nationalisten! Wäre der Gedanke nicht so verflucht gewesen, man wäre versucht, ihn herzlich dumm zu nennen. Dumm deswegen, weil es den tschechischen Sozialdemokraten nicht gelingen kann, mit dem gegen uns gerichteten Vorwurf des Nationalismus ihre eigene nationalitätliche Ideologie zu bemänteln. Vor einigen Tagen erst hat der Präsident der Nationalversammlung, Tomasek, in seiner Rede in Aussig geschilbert, wie die Tschechen vor ihrer Revolution „ganz im Sinne der Freiheitsbewegung“ gestanden sind, wie sie die nationale Revolution mit allen Kräften vorbereitet haben und wie sie sich in ihrem Kampfe um die nationale Befreiung auf die Legionen und auf die rasch aufgebaute Militärmacht in der Heimat stützten. In Tönen wahrster Begeisterung erzählte Tomasek, daß „alle Parteien, alle Schichten, alle Klassen für dieses Ziel gearbeitet haben“. Die tschechischen Sozialdemokraten leugnen es also keinen Augenblick, daß sie Schulter an Schulter mit dem tschechischen Bürgertum für ihre rationale Sache gekämpft haben und dennoch bringen sie, die doch wahrlich noch heute alles, was in diesem Staate geschieht, Schulter an Schulter mit dem tschechischen Bürgertum denken, den offen gesprochen, erbärmlichen Mut auf, uns Nationalismus vorzuwerfen. Uns, die denen von einer Einheitsfront mit dem Bürgertum doch wahrlich nicht die Rede sein kann.

Wir werden vor der Internationale bestehen. Das „Bravo Lidu“ möge darauf bedacht sein, dies auch einmal von sich sagen zu können. Und es möge auch immer eingebildet der Worte sein, die es in einer lichten Stunde am 8. Mai 1923 geschrieben hat: „Die nationalitätlichen Prinzipien und Methoden, in denen das Hauptargument die Macht ist, sind eine gefährliche Stütze eines kleinen Staates, wie die Tschechoslowakische Republik...“

Telegramme.

Böhmischer Ratun im bayerischen Landtag.

Für Hillers Haftentlassung.

Berlin, 19. November. (Eigenbericht.) Im bayerischen Landtag kam es bei der Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Auswärtigen zu einer großen Abspaltung. Der völkische Abgeordnete Buttman hatte in seiner Rede die Regierung des Reichsbruchs beschuldigt, weil sie Hiller und seine Gefährten noch im Gefängnis lassen. Während dieser Rede erhob sich der völkische Führer Straffer und rief der Regierung und der bayerischen Volkspartei zu: Bayerische Klassenjustiz. Schweinebande und ähnliche Schimpfwörter. Auf den Vänten der bayerischen Volkspartei erhob sich ein großer Lärm. Einzelne Abgeordnete drangen mit erhobenen Händen gegen die Völkischen vor. Die Völkischen aber ihre Schimpftanone fortsetzten, Präsident ein Schreien und Toben, so daß dem Präsidenten nichts anderes übrig blieb als die Sitzung auf zehn Minuten zu unterbrechen. Nach ihrer Wiedereröffnung wurde gegen Straffer der Ausschluß verhängt. Von den Völkischen wurde diese Maßnahme mit neuem Radau begleitet.

Offenbar war die ganze Szene von den völkischen Parlamentariern mit Absicht herbeigeführt worden, weil sie von dem andern Teil ihrer Partei beschuldigt worden waren, daß sie Hiller und seine Genossen im Stiche gelassen haben.

Für wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands.

Die Verhandlungen mit Frankreich und England.

Berlin, 19. November. (Eigenbericht.) Der Leiter der deutschen Delegation für die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen ist heute wieder in Paris einetroffen. Die Verhandlungen werden morgen wieder aufgenommen werden. Auch die Verhandlungen über einen deutsch-englischen Handelsvertrag nehmen nach einer Mitteilung des britischen Handelsamtes einen befriedigenden Verlauf. Der englische Vorkämpfer in Berlin wird in diesen Tagen nach London kommen, um vor dem formellen Abschluß der Verhandlungen eine letzte Aussprache zu haben. Auch die deutschen Sachverständigen werden in London erwartet.

Der Berliner Verkehrsstreik.

Heute Arbeitsaufnahme.

Berlin, 19. November. (Eigenbericht.) Das Eingreifen des Reichsarbeitsministers zur Beilegung des Berliner Hoch- und Untergrundbahnstreikes hatte heute zu einer Vereinbarung zwischen der Streikleitung und der Hochbahndirektion geführt, nach der die ausgesprochenen Entlassungen wieder rückgängig gemacht werden sollten. Diese Vereinbarungen wurden jedoch heute in einer Versammlung der Streikenden, an der sich allerdings nur etwa 1100 von 1800 Streikenden beteiligten nach langer Debatte abgelehnt. Trotzdem gab die Streikleitung die Weisung aus, Donnerstag die Arbeit wieder aufzunehmen. Zu dieser Maßnahme wurde sie gezwungen durch die Tatsache, daß es der Hochbahndirektion gelungen ist, wenigstens einen Teil

Nachar zurückgetreten. Der Generalinspektor der tschechoslowakischen Armee ist von seinem Posten zurückgetreten und wird als Vertragsbeamter der dritten Rangklasse in den Ruhestand gesetzt werden. Seine Stelle bleibt vorübergehend offen und soll später durch einen militärischen Fachmann besetzt werden. Diese letztere Meldung der tschechischen Presse ist als ein nicht mißzuverstehender Hinweis an die maßgebenden Stellen aufzufassen. Lobte doch um die Person Nachars seit langem ein immer nicht gerade vornehm geführter Kampf und es suchten viele Blätter die Unhaltbarkeit der Position des Dichter-Soldaten drastisch nachzuweisen. So berichtete auch einmal ein Prager Blatt, daß bei dem Eintreffen Nachars zu einer Truppenschau die Militärkapelle das Lied intonierte: „Co pal je to za vojaka?“ (Was ist denn das für ein Soldat?) Nachar hat jetzt endlich jedenfalls eingesehen, daß es für ihn das Beste ist, wenn er sich aus dem Militärleben zurückzieht.

Die Feinde der Sonntagsruhe. Das Handelsministerium in Plan sprach sich gegen die Einführung der Sonntagsruhe in den Landstädten aus, weil die Landwirtschaft in Folge der Feldarbeiten an den Wochentagen ihre Einkäufe in den Landstädten am Sonntag besorge. Auch die Stadtverwaltung von Plan sprach sich gegen die Sonntagsruhe im Kaufmannsgewerbe aus.

Flüchtige Mörder. — 3000 Goldmark Belohnung. Die reichsdeutschen Behörden haben auf die Ergreifung der flüchtigen Mörder Pantraz Köstler und Johann Wiedemann, die, wie wir berichteten, von Patern bei Eger über die Grenze in die Tschechoslowakei flüchteten, eine Belohnung von 3000 Goldmark ausgesetzt. Von der Egerer Gendarmerie wurde die Spur der Flüchtigen bis Sandau verfolgt, wo sie bei einer Bahnmeisters-Gattin bettelten. Nachdem nunmehr alle Gendarmeriestationen verständigt sind, wird man der flüchtigen Mörder bald habhaft werden.

Das geheimnisvolle Auto, das angeblich in Nordböhmen Menschenraub betreiben soll und von dem die Kunde auch bis ins Egerland gedrungen ist, verursachte am vergangenen Samstag in Wildschütz eine beträchtliche Aufregung der Bevölkerung. Von einigen Personen war beobachtet worden, daß ein Auto die beiden zehnjährigen Schulknaben Krader und Kahler in der Mittagsstunde aufgenommen hatte und mit ihnen in der Richtung gegen Tirschnitz davonsprengte. Die Bevölkerung war überzeugt, daß es sich um einen Menschenraub handelte und so wurden alle Gendarmeriestationen der Umgebung, vor allem Tirschnitz, telephonisch verständigt. Tatsächlich gelang es auch der Gendarmerie Tirschnitz, das Auto beim Bahnübergang anzuhalten. Der Autoführer wurde nun geschnitten, unter Gendarmerieschutz mit den beiden Schulknaben nach Wildschütz zurückgeführt. Der Autoführer wurde in Wildschütz zur Gendarmerie gebracht und dort einternommen. Da stellte sich nun der ganze Vorfall als gänzlich harmlos heraus. Der in der Gegend unbekanntes Autoführer sollte zur Station Soos zum Vormittagszuge fahren. Um den Bahnhof rechtzeitig zu erreichen, hatte er die beiden Schulknaben als Führer mitgenommen, woraus die Bevölkerung gleich eine Entführung gemacht hatte. Das Auto trug die Nummer O 579 und soll aus Schönbach sein. Eine unangenehme Folge hatte die Anhaltung nun für den Chauffeur. Er hatte nämlich keine Fahrlegitimation und wurde deshalb zur Anzeige gebracht; auch den Zug in Soos erreichte er nicht mehr, da die Einvernahme bis zum späten Nachmittag dauerte. Um das Auto hatte sich eine bedeutende Menschenmenge angesammelt, die sich in den abenteuerlichsten Vermutungen über den „Entführer“ erging.

Der Deutsche Laubverein zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit hielt Dienstag in der Prager Urania seine diesjährige Hauptversammlung ab. Die überaus große Zahl der erschienenen zeigte das Interesse, das im Publikum den Bestrebungen des Vereines entgegengebracht wird. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden Prof. Schloffer erstattete der Geschäftsleiter Prof. G. A. Wagoner den Rechenschaftsbericht. Aus diesem ist zu entnehmen, daß in Prag und in den meisten deutschen Städten Böhmens bereits Aufklärungsberichte gehalten wurden und daß die Absicht besteht, im nächsten Jahr wieder damit zu beginnen. Inzwischen wurde die Diapositivsammlung erweitert und die Merkblätter, deren Fertigstellung durch die Verhandlungen mit dem Gesundheitsministerium verzögert wurde, werden jetzt in Druck gesetzt. Im Anschluß an die Hauptversammlung fand in Gemeinschaft mit der Urania ein Vortrag des Doz. W. Altschul über die Frage: „Ist der Krebs ohne Operation heilbar?“ statt, in welchem durch instruktive Lichtbilder unterstützt, der gegenwärtige Stand dieser Frage dargelegt wurde. Der Krebs ist heilbar, wenn er frühzeitig in Behandlung kommt. Das sicherste Mittel ist vorläufig noch die Operation, welche, wenn sie mit Röntgen- oder Radiumbehandlung kombiniert wird, in der Mehrzahl der Fälle eine Dauerheilung erzielen kann. In geeigneten Fällen kann auch die Strahlenbehandlung allein zur Heilung führen; namentlich bei den nicht mehr operierbaren Fällen bildet sie das einzige Mittel, das Aussicht auf Erfolg bietet. Wenn auch heute gefordert werden muß, daß jeder operable Krebs operiert werden muß, so haben wir doch durch die Strahlenbehandlung eine wertvolle Bereicherung unserer therapeutischen Bestrebungen erfahren. Die besten Ergebnisse erzielen wir mit Operation und nachfolgender Strahlenbehandlung; es gibt daher keinen Kampf zwischen Operation und Strahlenbehandlung, sondern nur ein einträgliches Vorgehen gegen den gemeinsamen Feind, die Krebskrankheit. Reicher Beifall folgte den interessanten Ausführungen des Vortragenden.

Im Dienste tödlich verunglückt. Dienstag nachmittags ereignete sich in der Station Wurz-

mes auf der Strecke Komotau—Aussig der ehem. A. L. E. ein schwerer Unfall, welchem wieder ein Menschenleben zum Opfer fiel. Infolge eines Fehltrittes beim Auffpringen geriet der 29jährige Kondukteur Franz Lehmann aus Uggersdorf bei Bodenbach unter die Räder des Zuges. Der rechte Arm wurde im vollständig abgefahren, das Schultergelenk direkt bloßgelegt, außerdem erlitt er schwere Verletzungen an der Brust. Nach erster ärztlichen Hilfeleistung und Anlegung eines Notverbandes wurde der Schwerverletzte in das Komotauer Krankenhaus gebracht, wo er nach zwei Stunden seinen schrecklichen Verletzungen erlag. Der so tragisch ums Leben gekommene Eisenbahner hinterläßt eine junge Frau und zwei unversorgte Kinder.

Einschüerung einer Textilfabrik. Gestern, Mittwoch, den 19. November, brach in den Vormittagsstunden in der Strickererei Wolf Blumbergs Söhne in Kuperstschin bei Teplitz-Schau, ein Feuer aus, durch das die Strickererei vollständig eingeschüert wurde. Das Gebäude bestand allerdings nur aus Holz. Infolge der Hitze zersprangen an gegenüberliegenden Spinnereigebäude die Fensterscheiben. Der übrige Teil des Fabrikobjektes nahm sonst keinen Schaden. Beim Kesselhaus ist das Dach durchgebrannt. Der Wasserturm hing ebenfalls Feuer, doch konnte dieses noch rechtzeitig durch das Einschreiten der erschienenen Feuerwehren gelöscht werden. Durch den Brand werden ungefähr 100 Arbeiter brotlos.

Dritte Ziehung der fünften Klasse der 1ten Klassenlotterie. Gestern fand in der Prager Lotteriedirektion die dritte Ziehung der fünften Klasse der ersten Klassenlotterie statt. Als Grundjahre wurden gezogen: 00 und 81. Es gewonnen: 2000 K die Lose Nr.: 138.781 97.281 163.681 85.900 54.910, 100.800 161.900 97.000, 187.600, 209.600, 191.970, 35.500, 77.800, 155.100, 173.000, 64.100, 30.100, 5000 K die Lose Nr.: 135.281, 209.081, 217.881, 67.300, 105.800, 84.600, 131.281. 10.000 K das Los Nr. 10.200. 20.000 K die Lose Nr.: 21.981, 60.200.

Raubmord. In Homonna (Slowakei) wurde am 10. d. in ihrem Geschäft die 60jährige Geschäftsfrau Weidmann nachmittags von drei Männern überfallen, von denen einer der Greislin den Kopf abschlug. Die Verbrecher entwendeten 4000 K. Die Leiche der Greislin wurde von ihrem Neffen aufgefunden, der die Greismutter im Laden aufsuchen wollte. Die Gendarmerie leitete die Untersuchung ein und verhaftete vier verdächtige Bauern.

Bestialischer Mord an eigenen Kinde. In Joltschhof bei Adamstal (Bezirk Brünn) hat Josef Tvojakel, der sich zur Abreise nach Frankreich rüstete, wo er Arbeit annehmen und wohin er die Frau mitnehmen wollte, im Einverständnis mit seiner fünfjährigen Tochter den 20jährigen Knaben bei Adamstal hinstürzte; das Kind fiel mit gebrochenen Gliedern in den Bergbach und ertrank. Als der Großvater, der das Kind zu sich nehmen wollte, dieses in der Slowakei, wohin es die Eltern in Pflege gegeben zu haben behaupteten, nicht fand, machte er die Anzeige und nun fand die Gendarmerie die Leiche des Kindes. Die bestialischen Eltern wurden in Prag verhaftet.

Der Schwindel mit gefälschten Aktien. Zu den versuchten Betrügereien, die mit Hilfe gefälschter Aktien an einigen Prager Banken verübt wurden und bei denen es sich um einen Gesamtbetrag von etwa 800.000 K handeln soll, teilt die Prager Polizeiforenspondenz mit: Ende des vorigen Monats kam in eine Bank in Prag der 29jährige Andre Seden aus Jugoslawien und erlegte auf sein eigenes Depot eine größere Menge von Aktien. Vor einigen Tagen kam in dieselbe Bank der 24jährige Jakob Kling aus Polen, wohnhaft in Weinbergen, und erlegte auf das Depot des Sedens wieder eine größere Menge von Aktien, angeblich für Alfred Rostitz, als dessen Sekretär er sich ausgab. Nach einigen Tagen kam Kling wieder und wollte neuerlich mehrere Aktien einlegen. Da aber der Kassier der Bank bezüglich der Echtheit der Aktien wegen kleiner Abweichungen im Druck Verdacht schöpfte, wurde dem Kling keine Bestätigung ausgestellt und er für den anderen Tag wiederbestellt. Man verständigte von dem Verfall die Polizei, die den Kling am anderen Tage, als er in der Bank erschien, verhaftete. Beim Verhör des Kling wurde festgestellt, daß Sedens ihm die Aktien gegeben hatte, dann aber Prag verlassen hat. Da die Aktien in das Depot gebunden erlegt worden waren, d. h. mit Ziffernangaben, so daß Sedens dieselben Stücke zurückverhätten sich vorbehalt, wodurch die Wahrscheinlichkeit der Aufdeckung verringert. Kling wurde dem Landesstrafgericht übergeben. Die Nachforschungen nach den anderen Teilnehmern werden energisch fortgesetzt.

Der Bau der neuen Abfahrsenke bei Schredenstein ist im vollen Gange. Die eigentliche Schenkung ist folgendermaßen projektiert: Sie soll, durch drei Mittelpfeiler und vier Öffnungen unterbrochen, eine Länge von 200 Metern erreichen. Die letzte Weite der Öffnungen, durch Schützenkonstruktion abgesperrt, wird 24 Meter betragen. An dem Schredenstein Ufer werden sich die beiden Schenkkanäle hinziehen, mit einer Nutzlänge von 185 Metern. Für den kleineren Kanal ist eine Breite von 18, für den zweiten eine Breite von 24 Metern vorgesehen. Der kleinere der beiden Kanäle wird in zwei Kammern abteilbar sein und ist für die Aufnahme kleiner Fahrzeuge bestimmt. Während der Baues der mittleren Pfeiler wird der ganze Schiffsverkehr durch die beiden Kanäle geleitet werden. Die Stauhöhe der Wasseransammlung wird 7 Meter betragen, der Stauinhalt 10.000 Kubikmeter. Dicht daneben wird ein Wasserkräftwerk (hydroelektrische Zentrale) errichtet, welches in Stande sein wird, 300 Kubikmeter Wasser in der Sekunde zu verarbeiten. Diese Zentrale kann bei einem Wasserstand von + 76 Zentimeter voll ausgenutzt werden.

Hochschiller gegen ihr reaktionäres Rektorat. Wegen den bekannten Erlaß des Professoren-

kollegiums der Wiener Technik, nach welchem Studentennationen gebildet werden sollten, wobei die deutsche Studentennation an der Verwaltung der Technik teilnehmen sollte, während die anderen Nationen vorenthalten blieben und auf Grund dessen bei der Instruierung von jedem Hörer der Technik 10.000 K zwangsweise eingehoben wurden, hat eine große Anzahl von Hörern durch einen Rechtsanwalt beim Rektorat die Forderung auf Rückgabe des eingezahlten Betrages erhoben. Sie haben hierbei geltend gemacht, daß durch die ihnen auferlegte Zahlung ihre verfassungsgemäß geleisteten Rechte verletzt wurden, weil der bezügliche Erlaß die amtliche Zuständigkeit des Professorenkollegiums überschreitet, durch seine Bestimmungen die Gleichheit aller Bundesbürger vor dem Gesetze verletzt und die Einhebung einer Abgabe ohne eine gesetzliche Grundlage verfügt. Ueber dieses Einschreiten hat das Rektorat der Technik den betreffenden Rechtsanwalt verständigt, daß die von ihm vertretenen Studenten den Betrag von je 10.000 Kronen an der Rektoratskasse beheben können.

Die Bestechungsaffäre im Berliner Polizeipräsidium. Die „Köte Fahne“ kommentiert die Verhaftung des Regierungsrates Bartels vom Berliner Polizeipräsidium und bespricht unerbittlich neue aufsehenerregende Tatsachen. Danach ist neben dem Leiter der Abteilung Ia Bartels noch ein zweiter Beamter verhaftet worden. Das Blatt erklärt: Es ist klar, daß es sich um skrupellose Streber handelt, die vom Berliner Polizeipräsidium aus einen Kampf gegen den Kommunismus und gegen Sowjetrußland führten und dabei auf die eigenen Taschen nicht vergaßen. Der zweite Verhaftete war von Bartels in das Büro des russischen kaiserlichen Zivilgenerals Holzmann dirigiert worden, wo er, vom Berliner Polizeipräsidium besoldet, ständig amtierte und Sicherheitsmerkmale für tausende russischer Konterrevolutionäre ausstellte. Der russische Zivilgeneral benötigte die ihm vom Berliner Polizeipräsidium übertragene Nachfülle, um von den in Berlin weilenden Ausländern Millionen von Goldmark zu erpressen. Dem Regierungsrat Bartels erwies er sich dadurch dankbar, daß er ihm ein Bankkonto zur Verfügung stellte. Außerdem wurden von Bartels und Holzmann Bergnützungsgestätten und Nachtlokale besucht, in denen Zechen von über 1000 Goldmark pro Nacht gemacht wurden. Der Hauptfluß war die Verschönerung des Lagers von Hanau an die rumänische Regierung. In Hanau war während des Krieges ein riesiges Pionierlager angelegt worden, nach Kriegsende mit seinem ungeheuren Material an Schweben verkauft und schließlich von dem ehemaligen Generallieferanten der russischen Armee, Autistler, gekauft. Autistler, Holzmann und Bartels planten, das ganze Lager der rumänischen Regierung in die Hände zu spielen. Inzwischen ist das Lager durch Aufdeckung des Skandals von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Tschechoslowakische Banknotenfälscher in Paris. Dienstag wurden in Paris zwei tschechoslowakische Staatsangehörige, und zwar Arthur Fischer aus Groß-Topolan und Albalbert Romelich aus Klein-Bardein, weiteils ein ungarischer und ein österrischer Staatsangehöriger, insgesamt Kellner, verhaftet, welche fünf, zehn und 50 Pfund-Sterlingnoten, die in Berlin hergestellt waren, in Verkehr gesetzt hatten.

Ein Luftschiff für 100 Passagiere. Das britische Luftschiffabteilministerium veröffentlicht mehrere Angaben über das neue britische Luftschiff „R. 101“, das in Cardington gebaut werden soll. Seine Verdrängung wird ungefähr fünf Millionen Kubikfuß betragen, das heißt, es wird mehr als dreimal so groß sein als das größte, bisher konstruierte Luftschiff. Es wird weiters das erste, vollkommen aus Stahl errichtete Luftschiff sein. Auch die Propeller werden aus Stahl erbaut sein. Es wird sieben Motoren von je 600 Pferdestärken besitzen. Es soll eine Höchstgeschwindigkeit von etwa 70 Meilen in der Stunde entwickeln und über 100 Passagiere mit sich führen können. Die Gesamtlänge des Schiffskörpers beträgt 720, die Höhe 140 und der große Durchmesser 130 Fuß. Es wird gehofft, daß das Luftschiff die ersten Uebungsflüge Ende des Jahres 1926 und die erste offizielle Fahrt nach Indien Anfang des Jahres 1927 werde ausführen können. Man hofft, daß die Fahrt nach New York in zweieinhalb Tagen, nach Kapstadt in sieben Tagen, nach Indien in fünf bis sechs Tagen und nach Australien in zehn Tagen wird ausgeführt werden können. Es ist noch nicht beschlossen worden, ob „R. 101“ für militärische oder kommerzielle Zwecke verwendet werden soll.

Schutzimpfung für Säuglinge tuberkulöser Familien. Im Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin sowie an einigen auswärtigen Kinderkliniken ist man zur Zeit mit der Nachprüfung einer Tuberkuloseimpfung beschäftigt, die Dr. Hans Langner von der Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit ausgearbeitet hat. Nach seinen Mitteilungen in medizinischen Fachzeitschriften soll mit diesem Impfstoff aus abgetöteten Tuberkelbazillen eine viele Monate anhaltende Schutzimpfung gegen Ansteckung mit Tuberkulose zu erzielen sein. Die Schutzimpfung soll vor allem an Säuglingen in tuberkulösen Familien vorgenommen werden.

Der Papi wird am 24. Nov. ein geheimes und am 27. November ein öffentliches Konfistorium abhalten, in dem er die übliche zweite Ankündigung des Jubeljahres vornehmen wird. Er dürfte auch hierbei über die letzten kirchenpolitischen Angelegenheiten sprechen, darunter über das

Verhältnis zu Frankreich, über die seither abgeschlossenen Konfessionen und über die Palästinafrage.

Die Kokaïn- und Opiumsuche. Eine Zusammenstellung der Zahl von Personen, die dem Mißbrauch von Kokaïn, Opium usw. verfallen sind, gibt S. A. Knopf in einer Statistik über die in der „Klinischen Wochenschrift“ berichtet wird. Während in Italien 65 Milligramm Opium auf den Kopf der Bevölkerung fallen, ist die Menge in Deutschland doppelt, in England dreimal, in Frankreich viermal so hoch. In den Vereinigten Staaten aber beträgt sie das Vierzigfache. Danach sind also in Nordamerika mehr als eine Million, fast ein Prozent der Bevölkerung, dieser „Sucht“ verfallen. Die Schuld an diesen Ausschweifungen wird dem finanziell interessierten Handel zugeschrieben. Diffe kann nur durch internationale Maßnahmen gegen den Handel mit Opium und Kokaïn durch den Völkerverbund und im Einzelfall durch sachgemäß geleitete Erziehungskuren erdortet werden.

Furchtbarer Zyklon. Bättermeldungen aus New York zufolge hat in den Weststaaten Amerikas gestern ein heftiger Zyklon gewütet, durch welchen sechs Personen getötet und etwa 100 verletzt wurden. Die Schnelligkeit des Windes betrug 112 Kilometer.

Justiz-Obersekretär und Lebemann. Ein Opfer seiner Leidenschaft wurde ein Justiz-Obersekretär Karl Fuster, der in Köpenick wohnte. Er unterschlug im Laufe der letzten Zeit ihm anvertraute Antiquitäten und ist jetzt damit flüchtig geworden. Man nimmt an, daß sich die Höhe des Betrages auf etwa 360.000 Goldmark beläuft. Es scheint, daß es an einer genügend scharfen Kontrolle gefehlt hat. Was Fuster auf die Seite brachte, vergudete er auf leichtsinnigste Weise, besonders auf den Rennbahnen und im Spiel. Es ist nachgewiesen, daß er einmal auf ein einziges Pferd 15.000 Goldmark gesetzt hat. In diesem Falle soll er gewonnen haben. Es war aber das Gerücht verbreitet, daß er diesen Gewinn einem Jockey verdankte, der von ihm einen erheblichen Betrag erhalten habe. Nach jedem Rennen umgab sich der Lebemann mit einem Kreise von Freunden und besonders Freundinnen, mit denen er Zechgelage veranstaltete. Seinen Freundinnen machte er große Versprechungen für den Fall, daß sie noch Zechereien und dergleichen das Geschäft verwalten und entlassen würden. Er wollte ihnen denn Zimmer einrichten und ihren ganzen Unterhalt bestreiten. Wie weit das wirklich geschehen ist, steht noch nicht fest. Fuster, der verheiratet ist, hat augenscheinlich seine Frucht von langer Hand vorbereitet. Bei einer Wirtschaftsgenossenschaft hatte er, wie jetzt noch ermittelt wurde, ein Depot, das 80.000 Goldmark übersteigt. D'ies hat er vor acht Tagen bis auf 1200 Goldmark abgehoben. Der flüchtige hat sich wahrscheinlich nach Rußland gewandt. Dort war er längere Zeit als Kriegsgefangener und unterhielt seitdem auch noch Verbindungen dorthin.

Warnung für Gläubiger! Der 16jährige Schloßlehrling Karl Grabatzel aus Tremoschna fand am Sonntag beim Schlittschuhlaufen auf den zugefrorenen Teiche bei Tremoschna den Tod; er versank plötzlich in der gebrochenen Eisdicke und seine Leiche wurde erst am anderen Tage gefunden.

Zum Riesenbrand in New Jersey wird ergänzend gemeldet: Das Feuer brach um 9 Uhr morgens in einer Salpeterminne aus und verbreitete sich rasch über vier Stadtteile hin. Durch die durch zahlreiche Explosionen in die Luft geschleuderten Trümmerstücke wurde der Brand noch weiter verbreitet. In einem Teil fielen diese Stücke in eine Schaar Schul Kinder, von denen viele verbrannt wurden. Ueber 900 Familien sind obdachlos geworden. Ueber 35 Fabriken sind dem Brande zum Opfer gefallen. Mehrere Feuerwehreinheiten werden vernichtet. Nach den bisherigen Feststellungen wurden 15 Personen schwer verletzt in das Hospital gebracht. Der Sachschaden wird auf Millionen Dollars geschätzt.

Wetterübersicht vom 19. November. Die Temperatur ist in der Nacht auf Mittwoch neuerdings empfindlich herabgegangen. Die Bergfesseln hatten strengen Frost (Nacht) — 13 Grad Celsius, Deutschbrod — 10 Grad Celsius. Die Bewölkung ist im ganzen geringer als gestern, besteht jedoch aus hohen Wolken, die auf der in Vertiefung begriffenen nördlichen Depression bis zu reichen. An der Nordseeküste ist eine starke Erwärmung eingetreten. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Bewölkt bewölkt, Erwärmung, aufsteigender Westwind.

Humor.

Kritik an einem Schriftsteller. Ein Kaufmann und ein Literat unterhielten sich: „Ihr letzter Roman ist sehr schlecht, mein Herr!“ „Wer zwingt Sie ihn zu lesen?“ „Nichts!“ „Also! Außerdem: sind Sie tatsächlich so eitel?“ „Wieso eitel?“ „Weil Sie annehmen, daß ich mich über Ihre Worte ärgere!“ „Das tun Sie ja auch!“ „Nö, Sie sind Maschinenfabrikant, nicht wahr? Wenn ich Ihnen sage, Ihre Maschinen taugen nichts und sind schlecht, dann werden Sie denken: das Rindviech, was versteht der von meinen Maschinen! Und wer sagt Ihnen, daß ich nicht ebenso denke?“

Der würde das nicht? Lady Astor, die bekannte englische Antikollektionerin, hielt wieder einmal eine flammende Rede gegen den Teufel Alkohol. Atemlos lauhte ihr eine zahlreiche Menge. Lady Astor redete sich gigantisch: „Ich würde lieber einen Chebruch begehen, als ein einziges Glas Bier trinken!“ Ueberzeugt rief eine Stimme aus dem Hintergrunde: „Der würde das nicht?“ Die Wirkung der Antikollektion war unweigerlich dahin.

Die Lohnbewegung der Bergarbeiter.

Die Bergarbeiter beim Ministerpräsidenten. — Die Schaffung von Zwangskohlenquoten gefordert.

Gestern wurden die Vertreter der koalitierten Bergarbeiterverbände vom Ministerpräsidenten Svehla empfangen und zwar die Abgeordneten Pohl, Brüll, Kozron-Brilz, Pohlmann-Ostrau, Reubaur-Pilsen und Dragl-Dag.

Die Abgeordneten Brüll und Pohl erklärten dem Ministerpräsidenten den Zweck der Deputation und schilderten die ganz unhaltbar gewordenen Zustände im Bergbau im allgemeinen und der durch Teuerung, Lohnabbau und Preisrückgang hervorgerufenen Verschlechterung der Lebenshaltung der Bergarbeiter im besonderen und überreichten eine verfaßte Denkschrift. Der Ministerpräsident antwortete in einer längeren Ausführung, in welcher er unter anderem erklärte, daß er sich bemühen werde, die Verhandlungen mit den Bergwerksbesitzern wieder in Stand zu bringen, daß er zu diesem Zwecke die Bergwerksbesitzer heute nachmittags empfangen und die Grundlagen für eventuelle Verhandlungen ermittelt werden. Er versprach, daß er sich dafür einsetzen werde, eine friedliche Lösung des Konfliktes zu erzielen, die jedoch ohne Kohlenpreiserhöhung gefunden werden müßte. Der Ministerpräsident erklärte weiter, den Inhalt der Denkschrift sorgfältig zu prüfen und bei den Beschlüssen der Reichskammer der Schrift hat folgenden Wortlaut:

Die koalitierten Bergarbeiterverbände haben in Betreff der Bergarbeiter aller Reviere am 18. September 1924 sowohl dem Arbeitsministerium als dem Bergwerksministerium das Verlangen nach Gewährung von Teuerungszulagen für die Zeit der Preissteigerung unterbreitet. Der Verband der Bergbauarbeiter in der Tschechoslowakischen Republik als Vertreter aller Bergwerksbesitzer hat diese Forderung am 25. September 1924 abgelehnt mit der Begründung, daß

1. die Bergwerksbesitzer für die zunehmende Teuerung, die sie nicht bestreiten können, nicht verantwortlich gemacht werden können,
2. daß sie es volkswirtschaftlich für einen Fehler hielten, wenn die Teuerung durch Regelung der Löhne ausgeglichen würde und daß die Lage der Industrie im Kohlenbergbau in Bezug auf in- und ausländische Verhältnisse es nicht gestatte, dem Verlangen der Bergarbeiter zu entsprechen.

Noch klarer gaben die Bergwerksbesitzer dieser ihrer Meinung in einer mündlichen Verhandlung, die zwischen den koalitierten Bergarbeiterverbänden und dem Verband der Bergbauarbeiter am 16. Oktober 1924 stattfand, Ausdruck und bestätigten diesen ihren ablehnenden Standpunkt weiter noch mit einer Zuschrift an die koalitierten Bergarbeiterverbände vom 23. Oktober 1924.

In dieser Verhandlung vom 16. Oktober 1924 präzisierten die Bergarbeiter ihre Forderung, indem sie einen Ausgleich für die Zeit der Teuerung durch Gewährung einer Teuerungszulage in der Höhe von 20 Prozent zu den Löhnen bei unverändertem Weiterbestehen der Lohnverträge verlangten.

Die koalitierten Bergarbeiterverbände geben nun ein Nachsichsehen, wenn auch nur in gedrängter Form.

Die Begründung

für ihre Forderung:

Sie verweisen dabei auf ihren Antrag vom 21. August 1923, in welchem sie schon damals der gesamten Öffentlichkeit den geringen Einfluss der Löhne auf die Preise der Kohle nachwies und aufzeigten, daß die Lohnkosten von allen Bestandteilen des Kohlenpreises am meisten gesunken waren. Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik hat während des Bergarbeiterstreikes 1923 wiederholt mündlich und schriftlich den Standpunkt von der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit der Kohlenpreiserhöhung vertreten, zu der alle drei Faktoren: Staat, Bergwerksbesitzer und Bergarbeiter beitragen müssen. In der Tat hat der Staat durch einen wesentlichen Abbau der Kohlensteuer von 18 und 24 Prozent auf 7 und 10 Prozent, durch, wenn auch noch völlig unzureichende, so doch durch Tarifermäßigungen, die Bergarbeiter durch den mit 6. Oktober 1923 vereinbarten Lohnabbau von 9 bis 13 Prozent zur Kohlenpreiserhöhung beigetragen.

Bei dem Mangel verlässlicher Zahlen über die Höhe aller Gestehungskosten im Kohlenbergbau und über die erzielten Gewinne der Grubenbesitzer ist es schwer festzustellen, ob die Unternehmer auch ihrerseits zu den Kohlenpreiserhöhungen jenen Teil beigetragen haben, den der Staat und die gesamte Volkswirtschaft mit Recht von ihnen verlangen dürfen.

Fast sieht, daß die Bergwerksbesitzer zu den Kohlenpreiserhöhungen weniger beigetragen haben, als sie der Regierung am 18. August 1923 versprochen haben.

Die Wirkungen der Kohlenpreiserhöhung auf die Preisbildung im allgemeinen ist fast vollständig ausgeblieben. Die Opfer, die der Staat und die Bergarbeiter gebracht haben, waren in gewissem Sinne vergeblich. Die immerhin ganz nennenswerte Verbilligung der Kohlenpreise ging in den Taschen weniger Großindustrieller und Großhändler verloren, der allgemeine Konsum hat davon so gut wie nichts gespürt. Die wiederholt vorgebrachten Behauptungen der Unternehmer, daß der Abbau der Löhne, bezw. die Herabsetzung der Kohlenpreise den Bergarbeitern dadurch wieder gute komme, weil sie mehr Schichten, bezw. voll arbeiten können, hat sich als ebenso irrig erwiesen. Die bessere Beschäftigungsmöglichkeit im Vorjahre und Beginn dieses Jahres war lediglich auf die Folgen des siebenwöchentlichen Streikes zurückzuführen, so daß die Tatsache zu konstatieren ist, daß trotz wesentlichen Abbaues der Kohlenpreise die Preisrückgänge im Bergbau niemals so zahlreich waren, wie im 2. und 3. Quartal dieses Jahres.

Deshalb die Lebenshaltung der Bergarbeiter vor dem Streik 1923 keinesfalls eine günstige zu nennen war und in Bezug des tatsächlichen

erzielten Lohnes sogar unter den Stand vom Jahre 1913 herabsank hätte der Lohnabbau vom Jahre 1923 von den Bergarbeitern einigermaßen ertragen werden können, wenn ihm der allgemeine Preisabbau gefolgt wäre. Nicht nur, daß dies nicht geschehen ist, erfolgte im August eine Preiserhöhung fast aller Rohstoffpreise und auch anderer Bedarfsgegenstände. So beträgt die mit Ende September 1924 festgestellte durchschnittliche

Steigerung des Lebensmittelaufwandes

gegen September 1923:

im Braunkohlenrevier Nordwestböhmen	85 %
im Revier Ostrau	19,7 %
im Revier Falkenau	12,7 %
im Revier Pilsen	15 %
im Revier Klado	19 %

Mit Vereinbarung vom 6. Oktober 1923 sollten die Löhne und Gebinde in den Braunkohlenrevieren um 10 Prozent, in den Steinkohlenrevieren Kossitz, Pilsen, Schafar um 12 Prozent, im Steinkohlenrevier Ostrau um 13 und Klado um 9 Prozent abgebaut werden. Nach den Aufzeichnungen der Revierräte sind die Löhne in Wirklichkeit abgebaut worden: in Nordwestböhmen um 11,1, Ostrau um 15, Schafar um 10,7 Prozent. Dagegen ist die Leistung pro Arbeiter und Schicht in demselben Zeitpunkt in Nordwestböhmen um 9,6, Ostrau um 2, Falkenau um 13, in Schafar um 8 Prozent gestiegen.

Diese Mehrleistung wurde von den Unternehmern, trotzdem Akkordbezahlung besteht, den Bergarbeitern nicht bezahlt. Sie ist nicht, wie die Unternehmer behaupten, mit größerem Sprengmittelverbrauch oder verbesserter maschineller Einrichtungen erzielt worden, sie beruht nur auf der effektiven Mehrleistung der Bergarbeiter. Die Nichtbezahlung dieser Mehrleistung haben die Unternehmer durch „Gebüßeregulierungen“ erzielt, was in der Lohnkostenherabsetzung sichbaren Ausdruck findet. Die Lohnkosten haben sich gegen die Zeit vor dem Streik ermäßigt: In Nordwestböhmen um 15, in Ostrau um 16, in Falkenau um 19, in Schafar um 18 Prozent und ebenso ähnlich in den anderen Revieren.

Aus dieser Darstellung ergibt sich folgender Tatbestand:

Der allgemein erwartete und mit Kohlenpreiserhöhung vom Vorjahre angekündigte Preisabbau ist ausgeblieben.

Demgegenüber ist eine Preiserhöhung in den einzelnen Bergbaurevieren von 8—19 Prozent beim Rohstoffaufwand einwandfrei festgestellt!

Der im Vorjahre vereinbarte Lohnabbau von 9 bis 13 Prozent wurde in allen Revieren im Durchschnitt um mindestens 5 Prozent überschritten, so daß selbst durch die Erfüllung der Bergarbeiterforderung nach Gewährung einer 20prozentigen Teuerungszulage bei Andauern der Teuerungsverhältnisse ein Ausgleich nicht herbeigeführt ist bezw. die Lebenshaltung der Bergarbeiter noch immer unter dem Niveau vom August 1923 bleibt.

Die koalitierten Bergarbeiterverbände haben mit Aufruf vom 21. August 1923 des gesamten Öffentlichkeit nachgewiesen, daß die Lebenshaltung der Bergarbeiter eine äußerst ungünstige war. Durch die seither oben geschilderten Tatsachen wurde dieser Zustand bis zur Unertüchlichkeit gesteigert. Der ungenügende Lebensaufwand und eine gegen die Vorkriegszeit gesteigerte individuelle Leistung zeitigen die trassierten Folgen, wie sie in dem ungeheuren Anschwellen der Kranken- und Unfallziffern des Bergbaues zum Ausdruck kommen.

Die Bergarbeiter erreichen gegenwärtig einen Tiefstand ihrer Lebenshaltung, der sich nur mit den Kriegsjahren vergleichen läßt und dessen verhängnisvolle Folgen allen Faktoren noch in zäuger Erinnerung sein sollten.

Ansichs dieses Tatbestandes, der vor jedem Forum durch Beweise erhärtet werden kann, ist die Stellungnahme der Bergwerksbesitzer zu den Forderungen der Bergarbeiter kaum anders als schon aufzufassen. Ihre Argumentation, daß die Erfüllung der Lohnforderungen der Bergarbeiter absolut eine Kohlenpreiserhöhung zur Folge haben müßte, soll die Öffentlichkeit und wahrheitsgemäß auch die Regierung gegen die sonst berechnete Forderung der Bergarbeiter mobil machen.

Durch Bezahlung der seit dem Vorjahre erzielten individuellen Mehrleistung wäre ein Teil der Forderung gedeckt. Den Rest könnten eventuell ohne Preisaufschlag die ihren Großhändlern tributpflichtigen Bergwerksbesitzer entweder aus Eigenem leisten oder sich von ihren Verkaufsbüros regressieren lassen. Es wird bemerkt, daß die geforderten Teuerungszulagen nur für die Zeit einer außergewöhnlichen abnormalen Teuerung gelten und als abbaufähig gedacht sind.

Die koalitierten Bergarbeiterverbände sind weiter der Ansicht, daß die Regierung, die im Vorjahre von den Bergarbeitern den Lohnabbau forderte um die angestrebte Verbilligung zu erzielen, bei der Auswirkung dieser, wie sich nun zeigt, verfehlten Maßnahmen eine gewisse Verantwortung für die Entwicklung der Dinge übernommen hat. Es ist einer der Punkte dieser Darlegungen, die Regierung an diese ihre Verantwortung zu erinnern und von ihr zu verlangen, daß alles geschehe, um einen drohenden schweren Konflikt im Bergbau, der schließlich zum Schaden aller gehen müßte, zu verhindern.

Schließlich wollen aber auch die koalitierten Bergarbeiterverbände über diese Forderung und über den Augenblick hinaus die Regierung auf die bedrohlichen Verhältnisse besonders in der Kleinindustrie aufmerksam machen, die aus einer gewissen Ueberproduktion, durch Minderbedarf des Inlandes und Verlust des Auslandsmarktes hervorgerufen wurden.

Die im Auslandsabzug mit umlaufenden Bergbauänderungen sind in mehrfachen Beziehungen im Vorteil. So haben Deutschland und Polen die Kohlersteuer völlig aufgehoben, bei uns befristet sie den Auslandsabzug mehr als den Inlandsabzug. Die Kohlentarife der tschechoslowakischen Staatsbahnen nehmen auf die Bedürfnisse eines Massenlandes, wie die Tschechien, in Rücksicht, so daß sie die teuersten Kohlentarife in Europa zu verzeichnen hat. Ein Umstand, der weder auf den Inlands- noch Auslandsabzug fördernd wirken kann.

Die koalitierten Bergarbeiterverbände erachten es als dringend notwendig, daß

1. die Kohlensteuer gänzlich abgeschafft,
2. die Kohlentarife mindestens den kohlenproduzierenden europäischen Ländern angepaßt werden,
3. der Veredelung der Kohle, d. h. der Frage der Gewinnung von Nebenprodukten aus der Kohle eine viel größere Aufmerksamkeit zu widmen sei, als das bisher geschehen ist.

Als das größte Hindernis einer gesunden Entwicklung stellt sich die freie Bewirtschaftung mit Kohle dar, die unter dem Schlagwort „Freihandel und freie Preisbestimmung“ gestiftet hat, obwohl die Bergarbeiter immer davon gewarnt haben. Nicht der Freihandel, den sich der Einzelne vorstellt, ist die Folge der sogenannten freien Wirtschaft, sondern die verstärkte Monopolherrschaft einiger Kohlenkonzerne und Verkaufsbüros, die den größten Teil des Grubenbesitzes in ihren Händen vereinigen. Diese Konzerne, die nicht ein gemeinsames Ziel haben, sondern die sich gegenseitig im in- und ausländischen Markt zu verdrängen suchen, — nicht auf Kosten ihres Profites, sondern regelmäßig auf Kosten der im Bergbau beschäftigten Arbeiter und der Konsumenten — sind eine ganz wesentliche Ursache, daß die Krise im Kohlenbergbau sich nicht stabilisiert, sondern verschärft, daher die Forderung der koalitierten Bergarbeiterverbände nach

Schaffung von Kohlenquoten mit Zwangscharakter,

denen die gesamte Bewirtschaftung der Kohle übertragen werden müßte.

Prag, am 14. November 1924.

Die koalitierten Bergarbeiterverbände.

Volkswirtschaft.

Verbandsstag des Verbandes der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Bekleidungsindustrie.

Am Sonntag, den 16. und Montag, den 17. November tagte in der Vereinshalle in Reichenberg der zweite ordentliche Verbandstag des obgenannten Verbandes. Nachdem der Arbeitergesangverein „Sängerklub“ in Reichenberg das prächtige Chorwort „Entpor zum Licht“ von A. G. Uhlmann zum Vortrag gebracht hatte, eröffnete Genosse Schiller mit einem kurzen Rückblick über die Geschehnisse seit 1920 die Tagung. Vor Eingang in dieselbe gedachte er der verstorbenen Mitglieder (45 an der Zahl) und hob besonders die Verdienste des verstorbenen Obmannstellvertreters, Genossen Max Deutsch und des verstorbenen Gauleiters, Genossen Anton Sugert aus Karlsbad hervor. Außerdem gedachte er in warmen Worten den verstorbenen Genossen Ferdinand Hanusch und Karl Cermal. Die Anwesenden hatten sich zum Zeichen der Trauer von den Sigen erhoben. Nach der Wahl des Präsidiums, das die Genossen Franz Hierath, Karlsbad, Josef Kösel, Reichenberg, Alois Schilp, Raden und Johann Springs, Bertitschein bildeten und nach der Wahl der einzelnen Kommissionen hielten die Genossen Franz Kirchof von der Zentralgewerkschaftskommission Reichenberg des Deutschen Gewerkschaftsbundes, August Heder von der Kreisgewerkschaftskommission in Reichenberg, Genosse Heinrich Müller vom Verband der Schuhmacher aus Wien, Genosse Leg vom Verband der Schuh-

macher Deutschlands, aus Nürnberg, der zu gleicher Zeit als Vertreter der internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter amwesend war, Genosse Heinrich Stühmer vom Deutschen Bekleidungsarbeiterverband aus Berlin, Genosse Fritz Staub vom Deutschen Hutarbeiterverband aus Altenburg, Gen. Uhlirsch vom Hutarbeiterverband aus Prag sowie Genosse Anton Belsch von der Union der Handschuhmacher aus Prag Begrüßungsreden und wünschten den Beratungen des Verbandstages den besten Erfolg. Für die Reichenberger Ortsgruppe begrüßte Genosse Klinger die Tagung. Begrüßungsschreiben hatten außerdem entsendet: Verband der Sattler, Tischler und Kleber in Wien, Gewerkschaft der Lederarbeiter, Wien, Deutscher Lederarbeiter-Verband, Berlin, Verband der Schner und Schneiderrinnen Wien, Verband der Sattler, Tischler und Portefeuliers, Berlin, Bekleidungs- und Lederarbeiterverband Zürich und der Verband der Hutarbeiter in Wien. Gen. Palme der sich in der Lungenheilstätte in Pöchlitz bei Aussig befindet hatte ebenfalls ein Begrüßungsschreiben geschickt. Der Verbandstag beschloß, ihn auf telegraphischem Wege den besten Dank zu übermitteln und ihm baldige Genesung zu wünschen. Hierauf erstattete Verbandssekretär Genosse Schiller den Tätigkeitsbericht über die abgelaufene Tätigkeitsperiode seit dem letzten Verbandstag 1920. In ausführlicher Weise behandelte er die Tätigkeit des Sekretariats auf allen Gebieten und hob die Schwierigkeiten hervor, welche einerseits durch die Spaltung der Gewerkschaften eingetreten ist und verwickelt auf die ungeheure Arbeitslosigkeit seit, welche sich speziell in den einzelnen Industriezweigen welche der Verband vereinigt, nicht nur sehr stark, sondern auch sehr lange bemerkbar machte. Die Unternehmer verhielten gerade in der Zeit der größten Arbeitslosigkeit die gewerkschaftlichen Erfolge der Arbeiterchaft zu kürzen. Dank der Geschlossenheit der Organisation war es möglich, die Angriffe derselben zum weitaus größten Teile zurückzuschlagen. Hervorragendes hat der Verband in der Auszahlung der statistischen Arbeitslosenunterstützung geleistet. Gleichzeitig mit der Unterstützung der arbeitslosen Verbandsmitglieder mußte die Tätigkeit darauf eingestellt werden, den Arbeitslosen auch die staatliche Arbeitslosenunterstützung zu sichern. Durch die Arbeitslosigkeit einerseits und die Sperrung einzelner Betriebe ist die Mitgliederzahl zurückgegangen, doch zeigt sich seit einigen Monaten ein fröhliches Anwachsen neuer Mitglieder. Der Vermögensstand der Organisation ist trotz der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit seit dem letzten Verbandstage gestiegen. Nachdem Genosse Sitta für die Kontrolle den Bericht erstattet hatte, wurde der Tätigkeitsbericht einstimmig zur Kenntnis genommen.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Genosse Schiller über den Ausbau des Verbandes, die Regelung der Beitrags- und Unterstützungsfrage, sowie des Generalsekretariats. An der hierauf folgenden Debatte beteiligten sich die Genossen Wargel, Wardenorf, Liphof, Jwittan, Anton Kolans, Komotau, Anton Dief, Wardenorf, Franz Pohl, Tepitz, Franz Hierath, Karlsbad, worauf Gen. Köster im Namen der Untergewerkschaftskommission Bericht erstattete. Das vom Verbandsvorstand zur Beschlußfassung vorgelegte neue Regulaativ wurde mit einigen kleinen Änderungen einstimmig angenommen. Dasselbe weist außer einer Umgestaltung der Unterstützungssätze neue Beitragssätze zu 5, 6 und 7 Kronen pro Woche auf. Die einzelnen Anträge der Ortsgruppen und des Verbandsvorstandes wurden gleichfalls im Sinne des Berichterstatters der Untergewerkschaftskommission fast durchwegs einstimmig angenommen. Nach Erledigung dieses Tagesordnungspunktes hielt Genosse Franz Kirchof von der J. G. A. ein instruktives Referat über gewerkschaftliche Zeitschriften. In äußerst anschaulicher und leicht verständlicher Weise schilderte er die genauesten Aufgaben, die seitens der Gewerkschaftsfunktionäre in der kommenden Zeit durchgeführt werden müssen, soll die Tätigkeit der Gewerkschaften eine fruchtbringende sein. Nach seinen beifälligen ausgenommenen Ausführungen wurde die Wahl durchgeführt, worauf Gen. Hierath mit einem kurzen Ueberblick über die durchgeführte Tätigkeit die anwesenden Delegierten aufforderte, in ihren Orten die gefassten Beschlüsse durch ununterbrochene emsige Tätigkeit in die Tat umzusetzen. An dem Verbandstag haben 38 Vertreter des Verbandes und acht Vertreter aus- und inländischer Bruderorganisationen teilgenommen.

Ein gewaltiges Stück Arbeit hat diese Tagung geleistet. Wenn die Delegierten und die Ortsgruppenleitungen im Sinne der gefassten Beschlüsse ihre Tätigkeit entwickeln, so wird diese Tagung in der Entwicklung des Bekleidungsarbeiterverbandes eine neue Etappe bilden.

Devisentarie.

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kr.	120,30	Dollar	2,98,37
Paris 100 „	120,30	Frank	15,47,50
Berlin 1 „	120,30	Mark	125,300,000,000
Wien 1 „	120,30	Scherr. Kronen	2,182,00

Prager Kurse am 18. November.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1387,00 00	1378,00 00
1 Billion Mark	8,10 00	8,14 00
100 belg. Franken	168,50 00	168,00 00
100 schweiz. Frank.	655,50 00	655,50 00
1 Pfund Sterling	168,67 00	168,67 50
100 Lire	148,75 00	148,75 00
1 Dollar	39,95 00	39,95 00
100 franz. Franken	178,82 50	180,12 50
100 Dinar	49,37 50	49,37 50
10.000 magyar. Kronen	1,48 50	1,48 50
10 poln. Loty	662,75 00	662,75 00
10.000 österr. Kronen	4,70 50	4,00 50

Mitteilung aus dem Publikum.

Es geht jeden an,

denn jeder ist den Unbilden einer Verköhlung ausgesetzt, die von verhängnisvollen Folgen begleitet sein kann.

ständigen Gebrauch des

DIANA Franzbranntwein

mit Menthol

Nehmen Sie nur Diana-Franzbranntwein an! Weisen Sie minderwertige Nachahmungen energisch zurück!

Ueberall erhältlich

Diana-Franzbranntwein-Produktion-Ges. m. b. H. Prag VIII., Wien II., Drabohelova 1073, Engerthstraße 169.

Gerichtssaal.

Ein Drama im Walde.

Währ.-Strau, 18. November. Es war am 1. Mai 1921, ... spät am Abend, ... als Frau Anna Duda mit ihrem Kinde am Arme von ihrem Manne fortging.

Die Eheleute Feliz und Anna Duda heirateten im Jahre 1919. Wie beide bei der Schwurgerichtsverhandlung zugaben, heirateten sie aus Liebe.

Die Eheleute Feliz und Anna Duda heirateten im Jahre 1919. Wie beide bei der Schwurgerichtsverhandlung zugaben, heirateten sie aus Liebe.

Nun herrschte in der Familie das größte Elend, es kam auch öfters zu gewaltigen Auseinandersetzungen. Duda wurde ein Trinker, wütete herum und zerrüttete seine Frau die ganze Wohnungseinrichtung.

Am 28. April fuhr Felix Duda nach Elgott, wo seine Frau wohnte. Dort lauerte er ihr bei einem Walde auf und wartete solange, bis sie in der Früh in Begleitung zweier anderer Arbeiterinnen in die Fabrik ging.

Daraufhin verfehlte Felix Duda seiner Frau mit der scharfen Kante einer Hacke drei Hiebe. Dem ersten konnte sie durch einen glücklichen Zufall ausweichen, so daß er sie nur leicht hinter dem Ohr traf.

Als die eine der Arbeiterinnen Frau Duda zu Hilfe kommen wollte, bedrohte sie Duda mit einem Stein, mit dem er seiner Frau noch einen Schlag auf den Kopf verfehlte, wobei er schrie, daß er sie erschlagen müsse, wenn er auch dafür lebenslanglich im Kerker sitzen sollte.

Während der Verhandlung veranwortete er sich in dem Sinne, daß ihm seine Frau die eheliche Pflicht verweigerte, weshalb er zum Alkohol gegriffen habe, der ihn auf den Abweg brachte.

Die Gerichtssachverständigen konstatierten, daß die Verletzungen der Frau Duda schwere und lebensgefährliche waren. Duda sei vollständig normal.

Die Hauptfrage auf verletzten gemeinen Mord, sowie alle übrigen Fragen wurden mit Stimmenmehrheit von den Geschworenen bejaht, auf deren Wahrpruch hin Duda zu fünf Jahren schweren Kerkers, verhärtet mit einer Friste vierteljährlich und dunkler Haft an jedem 28. April verurteilt wurde.

Verhängnisvolles Spiel mit einer Schußwaffe.

Den Kamerad ins Herz getroffen.

Troppau, 18. November. Auf der Anlagebank lag der 15jährige Schriftsetzerlehrling Edgar Wiesner aus Jägerndorf und weinte bitterlich. Sein

Vater weinte gleichfalls, über das, was der Sohn angestellt hatte. Hinter dem Vater sah auf der Zeugenbank ein Elternpaar in Trauer. Als die Anlage gegen Edgar Wiesner verlesen wurde, weinten auch diese Eltern um ihren toten Sohn, der auf tragische Weise in den schönsten Jugendjahren sein Leben eingebißen hatte.

Es war am 12. Juli d. J., als in Jägerndorf der angeklagte Edgar Wiesner mit seinen Kameraden, dem 13jährigen Bürgerschüler Johann Unger und Alois Profsch in einem Wäldchen, Lonbeiden genannt, spielte. Dabei zeigte Wiesner, ein Liebhaber von Schußwaffen, dem Unger einen Trommelrevolver, den er seinem Onkel bei der Suche nach Büchern samt Munition entwendet hatte, angeblich aus Sicherheitsgründen zu einem Ausflug in das Arvatergebirge.

Wiesner konnte es gar nicht glauben, daß er einen Menschen leichtsinnig getötet hätte. Als er aus der Brust des schon toten Kameraden Blut hervorquellen sah, lief er in das in der Nähe befindliche Jesuitenloster um Hilfe, die aber nichts mehr nützte.

Während der Verhandlung bat der Angeklagte die im Gerichtssaal anwesenden Eltern des verstorbenen Freundes weinend und kniefällig um Verzeihung, die ihm auch gewährt wurde. Die Eltern verlangten auch keine Bestrafung. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu drei Monaten Kerker bedingt auf drei Jahre.

Autounfälle vor Gericht.

Eger, 18. November. Am 17. Dezember 1923 fuhr auf der Straße von Tscheben nach Bernau ein Auto ohne Warnungssignal in schnellem Tempo so nahe an dem 60jährigen Anton Rißl vorbei, daß dieser vom Auto erfasst und zu Boden geschleudert wurde. Das Auto fuhr, ohne sich um den Verletzten zu kümmern, davon. Rißl blieb bewußtlos auf der Straße liegen und wurde von in seiner Nähe befindlichen Personen in seine Wohnung gebracht. Er hatte Verletzungen im Gesicht, der rechten Schulter, rechten Hand, des rechten Oberschenkels und des Hüftknöchels, insgesamt schwere Verletzungen erlitten. Die Nachforschungen führten dazu, daß der Chauffeur Anton Pliß in Fischern als Lenker jenes Autos festgestellt wurde.

Das Kreisgericht verurteilte bei der heutigen Verhandlung Anton Pliß wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens zu 14 Tagen strengen Arrest bedingt mit einer Bewährungsfrist von drei Jahren.

In einer zweiten Verhandlung war der Chauffeur Ernst Schneider in Donitz wegen des gleichen Vergehens angeklagt. Er soll am 15. Juli 1924 in Blatten vor einem Aufgespannt, vor dem er mit seinem Auto über Aufforderung des Lenkers des Gespannes stehen geblieben war, den Motor zu früh in Tätigkeit gesetzt haben, so daß die Kutsche mit dem Gespanne scheuten, wobei der Tischlermeister Johann Heinz, der Lenker des Gespannes, unter den Wagen kam und einen Bruch des rechten Oberarmes erlitt. Die Verhandlung wurde zur Aufnahme eines Sachverständigenbeweises vertagt.

Der Estüitprozeß.

Bukarest, 19. November. (WZ.) Heute wurde der Estüitprozeß wieder aufgenommen, der bekanntlich vor einigen Wochen behufs Prüfung des geistigen Zustandes des Angeklagten vertagt worden war. Gleich zu Beginn der Verhandlung stellt die Verteidigung das Ansuchen auf eine neuerliche Vertagung, da ein Teil der Akten ihr erst in den jüngsten Tagen zur Verfügung gestellt worden sei, so daß sie nicht in der Lage war, diese gründlich zu studieren. Der Staatsanwalt nimmt gegen die Vertagung Stellung; der Gerichtshof spricht sich in diesem Sinne aus und verweist darauf, daß im Sinne der ärztlichen Gutachten Estüit zurechnungsfähig sei. Die Verteidiger Estüits, der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Ghörki und Rechtsanwalt Dr. Weiß legen hierauf ihr Verteidigungsamt nieder.

Kunst und Wissen.

Liederabend Chm. (Konzertum, 18. November.) In der gegenwärtigen Zeit der Konzertüberfüllung ist es moralische Pflicht der Kritik, die uns tägliche Brot ringende berufsmäßige Kunst vor der dilettantischen zu schützen. Eine zwingende Notwendigkeit war dieses Konzert nicht; darüber möge den veranstaltenden Sänger auch der laute Beifall des spärlich erschienenen Freundespublikums nicht täuschen. Herr Dr. Chm mag als Oratorienführer dank seiner außerordentlichen stimmlichen Mittel am Plage sein, als Liederführer ist er es nicht, vor allem schon deswegen nicht, weil er dynamisch zu wenig zu schattieren versteht, sein Vortrag nüchtern und farblos ist und die innere Anteilnahme des Sängers am Inhalte des Gesungenen vermissen läßt. Auch der ständige Sforzando-Tonansatz im Forte ist dem lauthallen Liedstile wenig zuträglich. Lobenswerth war die erlesene Programmabwahl des Sängers, die selten gehörte Lieder von Max Regner, dem Prager deutschen Lieddichter Heinrich Rietich, dem Russen Wassiljowski und von Hugo Wolf enthielt. Unter den Liedern Rietichs, deren

eines als Uraufführung aus dem Manuskript gebracht wurde, interessierte vor allem das erste „Aus dem Stundenbuche“ betitelt, das voll edlen und weihvollen Ausdrucks ist, und an den Liedstil des großen deutschen Liedmeisters Hugo Wolf gemahnt. Die Klavierbegleitung des Abends besorgte in musterghätiger Weise Herr Prof. Franz Ronger.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Donnerstag halb 8 Uhr erstes philharmonisches Konzert; Freitag Wiener Reinhardt-Theater „Ein unmöglicher Mensch“; Samstag Wiener Reinhardt-Theater „Diener zweier Herren“; Sonntag nachm. „Madame Butterfly“ (bei keinen Preisen), abends „Gräfin Mariza“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag Premiere Gastspiel Glöckner-Kramer „Salomons Schwiegertochter“; Freitag Gastspiel Glöckner-Kramer „Salomons Schwiegertochter“; Samstag 3 Uhr „Ratkäppchen“; abends „Clo-Clo“; Sonntag 3 Uhr „Salomons Schwiegertochter“, abends „Barbier von Sevilla“.

Vorträge.

Die Organisation des modernen Großbetriebs. Ueber diesen Gegenstand sprach im Rahmen eines Vortrages der Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten in Prag am Dienstag, den 18. November, Genosse Fritz Friede, der Leiter der Berliner Gewerkschaftsschule. Einleitend setzte der Vortragende zunächst auseinander, warum wir uns mit der Organisation des modernen Großbetriebs beschäftigen müssen. Bei Lohnverhandlungen und in der Preispolitik spielt die Frage der Selbstkostenberechnung eine große Rolle und wir müssen in dieses Problem, das ein Problem der Organisation des Betriebes ist, eindringen, um den Argumenten der Unternehmer entgegenzutreten. Genosse Friede besprach dann die heutige Organisation eines Großbetriebes, die einzelnen Abteilungen und Unter-

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT

Gesellschaft m. beschr. Haft. empfiehlt sich den p. L. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU

Tischlergasse Nr. 6.



Kalla's Fischkonserven

werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.

Verlangen Sie daher nur Kalla's Fischkonserven in allen Konsumvereinen erhältlich.

Inserieren Sie im Sozialdemokrat!

Soeben erschienen!

Sofort bestellen!

Arbeiter-Jahrbuch 1925

Herausgegeben vom Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei

Das Jahrbuch enthält eine Reihe wertvoller Beiträge guter Schriftsteller, belehrende Artikel, ein Adressenverzeichnis etc. und kostet trotz bester Ausstattung nur K 5.—, für Wiederverkäufer K 4.—.

Es ist ein unentbehrlicher Führer und Ratgeber für jede Arbeiterfamilie.

Fort mit dem bürgerlichen Kalenderschund! In die Arbeiterwohnung gehört das Arbeiterjahrbuch!

Bezug durch alle Parteibuchhandlungen, Schriftenabteilungen, Parteiorganisationen, Kolporteurs oder direkt von der Zentralstelle für das Bildungswesen in Prag II., Havličkovo nám. 32.

abteilungen, in die ein solcher Betrieb zerfällt, und veranschaulichte die Organisation eines Großbetriebes daran, daß er den Gang eines Fabrikationsauftrages und seine Erledigung durch die verschiedenen Abteilungen darstellte. Der Grundsatz des Kapitalisten ist, zu verdienen und deswegen muß jeder Vorgang im Unternehmen, der Geld kostet, buchnäßig erfasst werden. Zum Schluß erörterte der Referent die Menge Unkosten, die durch die kapitalistische Organisationsform der Wirtschaft entstehen, welche die Unternehmer durch Kartellierung, Vertrustung, Typisierung und Normalisierung der Erzeugung beseitigen wollen. Geldst kann dieses Problem erst im Sozialismus werden, in dem eine viel billigere Warenherstellung und damit eine viel größere Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen herbeigeführt wird. — Der Vortragende, der die Aufmerksamkeit der Anwesenden auf vielfach bisher nicht beachtete Probleme lenkte, fand reichen Beifall seiner Zuhörerschaft. E. St.

Der Film.

Die ganze Republik erwartet „Die Skabentönigin“ Premiere: Morgen, Bio Orient. 3070

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Prag. Freitag, den 21. Nov.: Wichtige Mitgliederversammlung im Café „Rizza“. Sonntag, den 23. Nov.: Vormittags: Beschäftigung der Burg. Zusammenkunft 9 Uhr beim Dom, rechts. — Sonntag, den 23. Nov.: Nachmittags: Cernosice-Dořichovice. Abfahrt 12.29 Uhr, Wlškovbahnhof. Führung: Strnad. 3072

Herausgeber Dr. Ludwig Tsch. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riehnert. Druck: Deutsche Zeitungs- & O. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neuere Gch- und Offsetmaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 120.000 Zeitungen. Jernpfaß Nr. 271. Postparafsa Nr. 127.002